

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Illringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Hans Döschel 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SB 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeilen ist Berlin.

Berlin, den 24. März 1930

50 Millionen verpulvert.

Das Werk deutschnationaler Bankdirektoren.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Es war im Januar 1925. Die Barmathetze raste. Die bloße Tatsache, dass ein Staatsinstitut an einen Privatkonzern Kredite gegeben hatte, wurde von der Rechten und ihrer Presse wie ein Verbrechen hingestellt, das berechtigte, jeden Politiker anzuspucken, der auch nur ganz von ferne etwas mit dieser Kredithergabe zu tun hatte.

Schon damals wiesen einsichtige Männer der Sozialdemokratie darauf hin, dass während des ganzen Jahres 1924 eine Kreditpsychose geherrscht hatte, aus der heraus Fälle wie Barmat oder Kutischer lediglich zu begreifen seien. Der plötzlichen Umstellung von der Inflation auf die Festmark war nicht im gleichen Tempo die innere Umstellung der Geschäftswelt gefolgt. Die "Sachwerte", dieser Fetisch der Inflationszeit, behaupteten noch lange ihre Herrschaft, als ihre Grundlage schon dahingeschwunden war, das Bargeld blieb noch lange Zeit verachtet und verdächtig; - wollte doch selbst die Preussische Seehandlung im Jahre 1924 noch nicht an eine Dauer der Stabilisierung glauben.

Für die Allgemeinheit der Erscheinung einer falschen Kreditpolitik wurden Beispiele angeführt. So wies Ende Januar 1924 der Reichstagsabgeordnete, jetzige Reichskanzler Hermann Müller, in einer Rede zum Fall Barmat darauf hin, dass von der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ein Bankinstitut (die Raiffeisenbank) etwa 140 Millionen Mark bekommen und anscheinend das Geld teilweise in Spekulationen angelegt habe, so habe die Raiffeisenbank auf das Berliner Hotel "Russischer Hof", das doch sicherlich nichts mit Genossenschaftszwecken zu tun habe, eine Hypothek von 3 Millionen Mark gegeben.

Prompt erfolgten die Dementis. Der Präsident Semper der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse liess der Presse eine Erklärung zugehen, wonach die Preussen-Kredite an die Raiffeisenbank völlig in Ordnung seien. Dasselbe berichtete Herr Semper amtlich an den preussischen Finanzminister. Ebenso dementierte die Raiffeisenbank.

Hinter den Kulissen sah es freilich ganz anders aus: da fand eine Aufsichtsratsitzung der Raiffeisenbank - im gleichen Januar 1925 statt, in der der stolze Generaldirektor, der frühere deutschnationaler Vizepräsident des Reichstages, Herr Geheimrat Dietrich, eine schmerzzerfüllte Beichte ablegen musste. Die Raiffeisenbank habe, so führte Dietrich aus, an einen russischen Abenteurer namens Uralzeff 10 Millionen Mark ausgeliehen, mit denen sie rettungslos festsetze. Sie habe sich auf eine Spekulation mit Aktien der Ostpreussischen Dampfollwäscherei eingelassen, in diesem Geschäft seien mindestens 5 bis 6 Millionen Mark verloren. Der bereits verkrachte Sekulant Riebe, während der Inflationszeit "der kleine Stinnes" geheissen, schuldete der Bank 7,3 Millionen Mark usw. usw.

"Aber", so fuhr Herr Dietrich laut Protokoll fort, "ich bitte, über diese Ereignisse strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Barmat- und Kutischer-Angelegenheit beschatten die Öffentlichkeit und wenn bekannt wird, dass die Raiffeisenbank, an deren Spitze die deutschnationalen Abgeordneten Dietrich und Seelmann als Direktoren stehen, sich in noch viel schlimmere Geschäfte eingelass-

sen hat, so ist der Ruin da, der völlige Zusammenbruch, der das Ende der ganzen Raiffeisensache bedeuten kann. Darum nochmals: kein Wort in die Öffentlichkeit!

Die Herren haben dichtgehalten. Sie hatten weiter das grosse Glück, dass ihre Geldgeberin, die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, unter der Leitung des Präsidenten Semper stand, eines typischen altpreussischen Beamten, der vor einer Grösse wie Geheimrat Dietrich nur ehrerbietig die Hacken zusammenklappte. Daher war es Herrn Dietrich leicht, Herrn Semper über den wahren Stand der Dinge monatelang hinwegzutäuschen. Denn was Dietrich sagte, war für Semper Evangelium, das berichtete Herr Semper als seine eigene Auffassung der Lage an den ihm vorgesetzten Finanzminister. Aber schliesslich fand auch dieses Spiel einmal ein Ende, denn die Verluste der Raiffeisenbank wuchsen ins Ungeheure, und eines Tages war es so weit, dass den Herren das Geld ausging und sie untertänigst um einen Stützungskredit bei der Preussenkasse betteln mussten.

Es handelte sich nur um die Kleinigkeit von 24 Millionen Mark, die die Raiffeisenbank brauchte, um wieder flott zu werden. Selbstverständlich, dass der altpreussische Beamte Semper mit grosszügiger Geste diese 24 Millionen hingab, ohne sich irgendwie über den Stand der Raiffeisenbank durch Revision oder Einsichtnahme in die Bücher zu überzeugen. Er tat es, wie er später vor dem Untersuchungsausschuss sagte, "um die Raiffeisenbank bei ihren sonstigen Gläubigern auszulösen und dadurch fest in die Hand zu bekommen." Da er sich aber ausser ein paar vagen Redensarten des Herrn Dietrich keine effektiven Garantien geben liess, so hatte er den Erfolg, dass die "ausgelöste" Raiffeisenbank neue Schulden aufnahm und sukzessive mit weiteren 9 Millionen Mark flott gemacht werden musste. Erst als man so nach und nach 33 Millionen Mark hingegeben hatte, kam Herr Semper, durch Mahnungen des Finanzministers Höpker-Aschoff aus seiner Lethargie aufgeschreckt, endlich einmal auf die Idee, bei der Raiffeisenbank zu revidieren: und siehe, es fand sich eine finanzielle Zerrüttung, die alle Vorstellungen und Begriffe überstieg.

Nun suchte Herr Semper zu "sanieren". Zwei Jahre lang wurde mit der Raiffeisenbank wegen eines "Ueberbrückungskredits" verhandelt, der die Bank instand setzen sollte, ihre Schulden bei der Preussenkasse abzuführen. Aber das war eitel Selbstbetrug. Dieser Ueberbrückungskredit sollte nämlich so niedrig verzinst werden, dass die Preussenkasse von der Raiffeisenbank nur erhielt, was sie ihr selbst an Zinsen schenkte. Herr Semper, dessen Fehler auf dem Gebiet der Genossenschaftspolitik weit über den Einzelfall Raiffeisen hinausgehen, wurde von dem Finanzminister verabschiedet und sein Nachfolger Klepper schritt in nüchterner Erkenntnis der Sachlage zur Liquidation der Raiffeisenbank, wobei sich nun freilich ein ungedeckter Schaden von 50 bis 60 Millionen Mark herausstellte, der zum grösserem Teil auf den Staat zurückfiel.

Dies ist in kurzen Worten der Tatbestand, wie ihn der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags in mehr als 30 Sitzungen festgestellt hat. Das Ergebnis war so niederschmetternd, dass auch die Deutsche Volkspartei den von dem sozialdemokratischen Berichterstatter Kuttner getroffenen Feststellungen zustimmen musste. Die Vertreter der Wirtschaftspartei und der Christlich-Nationalen Bauernpartei hatten es vorgezogen, da sie nicht offen gegen ihre Raiffeisenfreunde stimmen wollten, sich vor der Schlussabstimmung zu entfernen. So blieb als Schutzgilde der Herren Dietrich und Semper nur die deutschnationale Fraktion unter geistiger Führung des Chefredakteurs Baecker von der "Deutschen Tageszeitung" und des ostpreussischen Agrariers Schulze-Stapen. Herr Baecker suchte, was ihm an sachlicher Position fehlte, durch unfeine Advokatenrhetorik zu ersetzen, während Herr Schulze-Stapen von vornherein nur auf "mildernde Umstände" plädierte. Dass ein Teil der Rechten mit dem sozialdemokratischen Berichterstatter ging, ist wohl die beste Widerlegung der von den Deutschnationalen gegen die Berichterstattung gerichteten Angriffe. Bei ihrer gänzlichen Isolierung dürfte es für die Deutschnationalen auch kein Trost gewesen sein, dass sie bei der Schlussabstimmung die kommunistischen Hanawürste an ihrer Seite hatten.

Die Heuchelei der deutschnationalen Korruptionshetze ist durch diesen Ausschuss vor der ganzen Welt entlarvt worden: Die Meute, die damals gegen die Sozialdemokratie kläffte, hat durch den Raiffeisenausschuss eine moralische Stäupung erfahren, die nicht so bald vergessen werden wird.

SPD. Kopenhagen, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Reichstag hat die Regierungsvorlage über die Aufhebung der zehnprozentigen Restaurantsteuer angenommen. Die Annahme erfolgte einstimmig. Die Opposition enthielt sich der Stimme.

---

SPD. Ende der letzten Woche fand in Berlin eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD statt, dessen Mitglieder in geheimer Sitzung des vorjährigen Parteitags "gewählt" worden sind. An dieser Sitzung nahm ein Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau teil, der wiederholt in die Debatten und Verhandlungen eingriff. Er liess keinen Zweifel darüber, dass Moskau mit den bisherigen Ergebnissen der Betriebsrätewahlen recht unzufrieden ist und sprach unter Bezugnahme auf die kommunistischen Niederlagen bei der Berliner Verkehrs A.G. und im Leunawerk von einer Politik der Selbsttäuschung und von politischer Kurzsichtigkeit. Es sei deshalb eine personelle "Umstellung" in der Parteispitze notwendig. In kommunistischen Oppositionskreisen verlautet, dass mit der "Umstellung" in Wirklichkeit eine Kaltstellung bisher massgebender Führer der KPD gemeint ist. Vor allem wird die Stellung des heutigen Gewerkschaftsleiters der KPD Merker als unhaltbar bezeichnet.

Die kommunistische Presse hat bisher auch über die Sitzung des Zentralvorstandes der KPD nicht berichtet.

---

SPD. Lüdenscheid, 24. März (Eig. Drahtb.)

Hier erschoss am Montag ein Fischhändler seine Familie, die gerade beim Morgenkaffee sass. Die Ehefrau und die Stieftochter wurden durch zwei Schüsse auf der Stelle getötet. Die Schwiegermutter erlitt durch den Schrecken einen Herzschlag und sank tot zusammen. Der Mörder jagte sich dann selbst eine Kugel in den Kopf. Der Grund zu der schrecklichen Tat ist in ehelichen Zerwürfnissen zu suchen.

---

SPD. Der sozialdemokratische Vizepräsident des Provinzial-Schulkollegiums Berlin-Brandenburg König hat den nationalsozialistischen Studienrat Löpelmann in Berlin-Schöneberg mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Ausserdem schwebt gegen Löpelmann ein Strafverfahren wegen Beleidigung des früheren preussischen Innenministers Grzesinski.

Löpelmann hat die Reichs- und preussischen Staatsminister in einer nationalsozialistischen Versammlung in der gemeinsten Weise herabgesetzt. Die deutsche Delegation im Haag bezeichnete er als "eine gemeine Lumpenbande".

---

SPD. Düsseldorf, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die Generaldirektion der Mannesmann Röhrenwerke schränkt den Betrieb auf ihrem Röhrenwerk in Rath bei Düsseldorf ein. Sie hat inzwischen Antrag auf Entlassung von rund 400 Arbeitern gestellt.

---

SPD. Nach der Annahme des Youngplanes haben sich die nationalistischen Unentwegten auf die Formel zurückgezogen, dass sie den Youngplan nicht als rechtsverbindlich anerkennen. Man pflegt solche Geisteshaltung im bürgerlichen Leben als Querulantentum zu bezeichnen. In der Politik ist man höflicher, man nennt solche Leute Protestler.

Protestlertum ist immer Geständnis der Ohnmacht. Der Stahlhelm hat sich am Sonntag dem Protestlertum angeschlossen und zeigt damit, wie es um ihn bestellt ist. Er erkennt Youngplan und Liquidationsabkommen als verpflichtend nicht an - aber dabei bleibt es. Sollte der Beschluss nicht bloss Deklamation sein, so müsste die Konsequenz lauten: also auch keine Steuern zur Erfüllung! Man hütet sich davor: es würde sich herausstellen, dass die Gerichtsvollzieher im normalen Geschäftsgang ohne Überstunden eine derartige "Aktion" erledigen würden, und das müsste zu Rückschlüssen auf die wahre Stärke des Stahlhelms führen.

Es ist ein politischer Lehrsatz: je grösser das nationale Maul, umso kleiner die Organisation. Der Stahlhelm kündigt dem Reichspräsidenten die Gefolgschaft im Namen des Frontgeschlechtes. Dürfen wir uns die bescheidene Frage erlauben, wieviel Prozent der Stahlhelmmitglieder am Ende des Krieges noch kurze Hosen trugen? Oben eine vergreisende Organisation im politischen - unten Frontkämpfergeschrei von kaum der Schule entlassenen Jungen, so bemüht sich der Stahlhelm, in der Hugenbergfront sich von Alldeutschen und Hakenkreuzlern nicht niederzukonkurrieren zu lassen.

Eine Gruppe hat im Stahlhelmbundesvorstand den Ausschluss Hindenburgs als Ehrenvorsitzenden gefordert. Sie ist in der Minderheit geblieben - aber die politische Absage an Hindenburg ist erfolgt. Es ist bemerkenswert, dass zur selben Zeit eine Reichsbannerkundgebung in Weimar dem Reichspräsidenten für seine Haltung dankte. Der Stahlhelm marschiert ab, das Reichsbanner erklärt sich für den Reichspräsidenten - das heisst, an die Stelle jedes Mannes, der sich in Protestlertum zurückzieht, treten fünf staatsbejahende Republikaner.

-----

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die Kammer beschäftigte sich am Montag vormittag mit den Gesetzentwürfen über den Wiederaufbau der durch die südfranzösische Überschwemmungskatastrophe zerstörten Gebiete. Der Berichterstatter erklärte, dass die ursprünglich vorgesehenen Kredite von 50 Millionen auf 100 Millionen Franken erhöht werden sollten.

Die sozialistischen Redner, vor allem Léon Blum, kritisierten die schwankende Haltung der Regierung, die unmittelbar nach der Katastrophe feierlichst versprochen habe, den Wiederaufbau der zerstörten Werte als Pflicht des Staates anzuerkennen, in ihrem Gesetzentwurf aber das gesetzliche Hilfswerk als ein mehr oder minder freiwilliges Wohltätigkeitsunternehmen hinstelle.

-----

SPD. Hugenbergs Bedürfnis nach der Verteidigung nationalsozialistischer Interessen kennt keine Grenzen. Neuerdings hat er sich berufen gefühlt, sich vor den Putschisten Frick zu stellen.

In einer Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die auf Hugenberg zurückgeht, wird der Reichsminister des Innern wegen seiner Aktion gegen den Putschisten Frick als thüringischen Staatsminister vor allem heftig angegriffen, weil er die Zuschüsse für die thüringische Polizei gesperrt hat, ohne seine Gründe im einzelnen bekanntzugeben. Es hätte den Herrschaften auf der Rechten natürlich so gepasst, dass Severing sein Material vor aller Öffentlichkeit ausgepackt und Frick, ehe die erforderliche Untersuchung überhaupt möglich war, Gelegenheit gehabt hätte, alle ihn belastenden

Spuren zu verwischen. So wäre Severings Aktion zu einem Stoss in die Luft und damit zum Getenteil dessen geworden, was in Übereinstimmung mit dem Reichswehrminister gewollt war und noch gewollt ist. Um das zu vermeiden, dürfte Severing seine Gründe im einzelnen wahrscheinlich überhaupt erst bekanntgeben, wenn die Thüringische Regierung sich mit der in Vorschlag gebrachten Untersuchung einverstanden erklärt oder sich andere Massnahmen gegen Frick als notwendig erwiesen haben. Der Verdacht, dass Frick bereits jetzt dabei ist, alle ihn belastenden Spuren zu verwischen, besteht sowieso.

Die deutschnationale Interpellation fordert zum Schluss Wiedergutmachung der Thüringen angeblich durch die Aktion des Reichsinnenministers zugefügten Schäden und läuft insofern auf eine Solidaritätserklärung der deutschnationalen Fraktion für den Putschisten Frick hinaus. An sich nichts Überraschendes; denn seit Hugenberg an die Spitze der Deutschnationalen Partei getreten ist, hat der Geist des Putschismus in dieser Partei von neuem Fuss gefasst. Die Bestätigung dafür ist das eine Gute an der deutschnationalen Interpellation. Das andere Gute an ihr ist, dass die Aktion Severings jetzt zu einer Angelegenheit des Gesamtkabinetts wird.

-----  
SPD. Paris, 24. März (Eig. Draht.)

In Frankreich fanden am Sonntag in sieben Departements Ersatzwahlen statt, die sämtlich einen, für die Stimmung der Bevölkerungsmassen ausserordentlich charakteristischen "Ruck nach links" zum Ergebnis hatten.

Von den beiden vakanten Senatssitzen, die in den Departements Lot und Lozere zu besetzen waren, wurde auf den ersteren als Nachfolger des in die Kammer übergesiedelten Senators de Monzie ein Republikaner, für den zweiten gleichfalls ein republikanischer Kandidat gewählt. In den fünf Wahlkreisen, in denen Ersatzdeputierte für die zweite Kammer gewählt wurden, hatten die Sozialisten einen Gesamtzuwachs von nicht weniger als 50 Prozent seit den letzten Parlamentswahlen zu verzeichnen (15 034 gegen 10 010 Stimmen im Jahre 1928). Im Departement Dreux schliesslich, wo der Republikaner Violette zu ersetzen war, gelang es der sozialistischen Partei den bürgerlichen Linksparteien, die bisher die Mandate innehatten, zwei Plätze zu entreissen.

-----  
SPD. Eine im Flugverbandshaus in Berlin abgehaltene Führertagung des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten fasste am Montag zur Frage der Steuerreform einstimmig eine Entschliessung, in der es u.a. heisst:

"Die im Bunde zusammengeschlossene Beamtenschaft der Reichssteuerverwaltung würde es in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung begrüßen, wenn endlich einmal die zahllosen Erörterungen über Vereinfachung der Steuer-Veranlagung und Steuererhebung von der Theorie in die Praxis umgesetzt würden. Statt dessen werden schon wieder Massnahmen erörtert und getroffen, die in ihrer praktischen Auswirkung eine Vermehrung der Ausgaben der ohnedies schon überlasteten Finanzämter bedeuten."

Die Entschliessung wendet sich u.a. dagegen, dass, wenn von Ausgabensenkungen die Rede ist, zunächst und in erster Linie von der Reichssteuerverwaltung gesprochen wird, obwohl es bei dem Finanzbedarf des Reiches widersinnig und unwirtschaftlich sei, dem Hauptgeldbeschaffungs-Apparat des Reiches die notwendigen Mittel für die unaufschiebbare Sanierung seiner Personalverhältnisse vorzuenthalten.

-----

SPD. Genf, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes schloss am Montag abend ihre Verhandlungen mit der Unterzeichnung der drei Dokumente, die das Ergebnis der fünföchigen Sitzungen zusammenfassen, des Handelsabkommens mit dem dazu gehörigen Protokoll, des Programms der späteren Verhandlungen und des Schlussprotokolls. Während das Schlussprotokoll von 17 der über 30 Teilnehmer gegengezeichnet wurde, unterzeichneten nur 16 das Programm und nicht mehr als elf Staaten fanden sich zu der moralischen Bindung der Unterschrift unter das Handelsabkommen bereit, darunter einige, wie Italien, Estland, Portugal und Österreich mit sehr abschwächenden Vorbehalten. Es unterzeichneten das Handelsabkommen: Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Österreich, Italien, Holland, Finnland, die Schweiz, Luxemburg und Estland.

Der pessimistischen Stimmung, die über der Schlusssitzung der 'Wirtschaftskonferenz' lag, entsprechen die sehr vorsichtigen Worte, mit denen der Präsident der Konferenz, Graf Moltke-Dänemark, das Hauptergebnis der Konferenz, das Handelsabkommen kennzeichnete. Er sagte u.a.:

"Das Handelsabkommen unterscheidet sich stark von dem ursprünglich geplanten Zollfrieden und kann auf jeden Fall erst im November eine rechtliche Bindung werden. Die für November geplante Zusammenkunft der Signatarmächte hat über das Inkrafttreten des Abkommens zu entscheiden. Sein erster Endtermin ist der letzte März des nächsten Jahres. Die Fälle, in denen gesetzlicherweise in den nächsten Monaten Zollerhöhungen und damit Kündigungen des Abkommens möglich sind, sind zahlreich. Unter diesen Umständen hängt die praktische Bedeutung des Abkommens weniger von seinen juristischen Bestimmungen ab, als von der psychologischen Entspannung, die es für die Tendenzen auf Vergrößerung der Handelshindernisse ausüben kann. Der Erfolg der Konferenz liegt weniger in ihren unmittelbaren Ergebnissen, als in den Möglichkeiten, für die zukünftige Entwicklung, die im Programm der weiteren Wirtschaftsaktion aufgezeigt sind."

SPD. Krefeld, 24. März (Eig. Drahtb.)

Die Werksleitung des Stahlwerkes Becker hat das Gehaltssenkungsangebot des Angestelltenrates geprüft und sich entschlossen, mit den gesetzlichen Vertretern der Belegschaft ein Abkommen abzuschliessen. Vorausgesetzt, dass dieses Abkommen auch von den beiden Tarifparteien, d.h. von den Gewerkschaften und den Arbeitgebervertretern, gebilligt wird. -

Das ohne Fühlungnahme mit den Gewerkschaften erfolgte Anerbieten der Angestellten des Stahlwerks Becker in Willich-Krefeld, auf 15% des Gehalts zu verzichten, kann allem Anschein nach das Werk in Willich nicht retten. Die Unternehmerpresse gibt das selbst offen zu. Schon in allernächster Zeit sollen etwa 900 Arbeiter zur Entlassung kommen. Was unter diesen Umständen durch ein besonderes Abkommen festgelegt werden soll, ist nicht recht verständlich.

SPD. Der Reichsfinanzminister hat die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien zu einer Besprechung über die Kassensanierung und die Bilanzierung des Etats für Dienstag-Vormittag 11 Uhr zu sich gebeten.

SPD. Paris, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der mit ebenso viel Erbitterung wie Humor geführte Guerilla-Krieg des Senates und der parlamentarischen Kommissionen gegen Tardieu unter der Devise "jeden Tag ein Misstrauensvotum" hat inzwischen zu dem Ergebnis geführt, "das Kabinett der 34" zum Gespött des ganzen Landes zu machen.



Am Montag war es die Finanzkommission des Senates, die mit 14 gegen 12 Stimmen aufs neue die Kredite für die neuen Staatssekretäre und Minister des Kabinetts verweigert hat, die das Kabinett der Kammer nur durch ein Über-rumpelungsmanöver zu entreissen vermocht hatte. Zunächst hatte der Senat den dringend beschwörenden Brief Tardieus achselzuckend dahin beantwortet, dass ihm die Budget-Diskussion wichtiger sei als die Bewilligung der Personalkredite für die Mitglieder der Regierung. Nun hat die Finanzkommission des Senates im buchstäblichen Sinne des Wortes "der Regierung den Kredit verweigert". Es gehört schon die sprichwörtlich dicke Haut Tardieus dazu, um nach solchen moralischen Todesurteilen weiter auf seinem Posten zu bleiben.

Der Senat selbst begann am Montag die Diskussion des Budgetberichtes, die auf Schritt und Tritt auf die grössten Schwierigkeiten stösst. Besonders heftig griff der Senator de Jouvenel die Regierung an und erklärte, sie verdiene es, wenn man ihr einen Denkkzettel dadurch gebe, dass man das Budget nicht wie die Regierung es verlange bis zum 1. April erledige, sondern ein neues Budget-Provisorium einrichte. Tardieu hat bereits vor Tagen gedroht, falls das Budget in beiden Kammern nicht bis zum 1. April erledigt sei, seine Demission zu nehmen

-----  
SPD. Halle, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Schriftleiter einer hiesigen bürgerlichen Zeitung hatte in einem Artikel zum Konkordat schwere Beleidigungen gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun ausgesprochen. Trotzdem wurde er von einem hiesigen Gericht freigesprochen.

Der Schimpfbold hatte die Tatsache, dass der Sozialdemokrat Braun das Konkordat unterschrieben hatte, obwohl die SPD "kirchenfeindlich" sei, zum Anlass genommen, den Ministerpräsidenten in der wüstesten Art mit einem Judas Ischariot zu vergleichen, der allerdings nach der Tat nicht den Mut gefunden habe; sich wie Judas aufzuhängen.

-----  
SPD. Kopenhagen, 24. März (Eig. Drahtb.)

Der Generalstreik von 18 000 ungelernten Arbeitern, der am Montag beginnen sollte, ist bis nach dem Abschluss der jetzt eingeleiteten Vergleichsverhandlungen vertagt worden. Die Verhandlungen dürften frühestens in 14 Tagen beendet sein. Der Streik der 3000 Arbeiterinnen in der Eisenindustrie wird fortgesetzt.

Insgesamt sind in Dänemark bisher die Lohnabkommen für 81 000 organisierte Arbeiter, das ist ein Viertel sämtlicher organisierten Arbeiter Dänemarks, gekündigt.

-----  
SPD. Köln, 24. März (Eig. Drahtb.)

Eine Versammlung von Vertretern der Städte und Gemeinden des Rheinlandes, die auf Einladung des Landeshauptmannes der Rheinprovinz in Koblenz tagte, hat sich einstimmig für die frühere Feste Ehrenbreitstein als Standort für das Reichsehrenmal ausgesprochen.

-----  
SPD. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn befasste sich am Montag mit der von der Reichsbahnverwaltung vorgeschlagenen Tariferhöhung. Es verlautet, dass das Reichsverkehrsministerium jeder Erhöhung ablehnend gegenübersteht, da es eine Steigerung der Eisenbahntarife im gegenwärtigen Zeitpunkt für untragbar hält.

## Reichstags-Stimmungsbild.

-----

SPD, Berlin, 24. März (Eig. Bericht)

Der Reichstag erledigte am Montag zunächst in zweiter und dritter Beratung den Gesetzentwurf über die Auflösung des Reichsentschädigungsamtes. Für die Sozialdemokratie erklärte der Abgeordnete Brosswitz, dass die Auflösung des Amtes nicht eine Erschwerung der Verfolgung von noch bestehenden Ansprüchen sein solle. Der Apparat werde vereinfacht werden. Berechtigte Ansprüche seien auch in Zukunft zu erfüllen. Die Sozialdemokratie lehne allerdings ab, agitatorische Versprechungen zu machen, die sich nicht halten liessen. Der deutschnationale Abg. Lawerrenz meinte, dass die Auflösung des Amtes verfrüht sei. Dieselbe Ansicht vertrat der Kommunist Jadasch. Der demokratische Abg. Fischbeck erinnerte den Abg. Lawerrenz daran, dass dessen Partei das Schlussgesetz gewollt und gemacht habe, das jetzt von Lawerrenz so kritisiert werde.

Es folgten die Anträge der Regierungsparteien auf Erhöhung der Einfuhrzölle für Weizen, Hafer, Gerste, Malz, Kartoffeln, Mehl, Kleie, Zucker, Mais, Kaffee und Tee, also ein sehr umfassendes Zollprogramm. Die Erhöhung der Zölle ist notwendig, weil in der ganzen Welt besondere Marktverhältnisse vorliegen, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte einzig dastehen. Mit Staatsmitteln werden in den grossen Agrarländern riesige Mengen Getreide aufgespeichert und in die Industrieländer geworfen. Es kommen also mit fremden Staatsmitteln verbilligte Getreidemengen nach Deutschland hinein, gegen die unmöglich die deutsche Landwirtschaft aufkommen kann. Allerdings könnte man nun sagen, dass durch diese billige Einfuhr eine Erleichterung der deutschen Lebenshaltung eintreten müsse. Das ist leider nicht der Fall. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, dass auch bei billigsten Getreidepreisen die Brotpreise nicht gesunken sind. Auf der anderen Seite hat sich gegen alle Erwartungen auch herausgestellt, dass Zölle keine Steigerung der Lebensmittelpreise bedeutet haben. Deshalb sind auch die Argumente, die der Kommunist Hörnle vortrug, vollkommen abwegig. Die Verhältnisse sind anders als bei dem grossen von der Sozialdemokratie geführten Zollkampfe im Jahre 1902. Damals handelte es sich um eine gewollte Verteuerung der Lebenslage der Verbraucher zugunsten der Landwirtschaft. Jetzt handelt es sich um die Rettung von Millionen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe und Landarbeiter in den Grossbetrieben gegen eine masslose ausländische Konkurrenz. Die Sozialdemokratie hat zudem erreicht, dass bei Zucker trotz der Zollerhöhung der Richtpreis um eine Mark auf den Doppelzentner gesenkt worden ist. Für diejenigen Landwirte, die bereit sind, eine entsprechende Menge Roggen mitzufüttern, soll der Gerstenzoll auf zwei Mark ermässigt werden. Der Landbundführer, der deutschnationale Abg. Schiele, erklärte die Anträge der Regierungsparteien für einen vollkommen unzulänglichen Kompromiss. Der Landwirtschaft sei es noch nicht so schlecht gegangen wie jetzt. Der agrarische Index stehe auf nur 109 gegen 155 bis 160 des allgemeinen Index. Die Landwirtschaft stehe mit drei Milliarden Mark jährlich hinter dem wahren Wert ihrer Erzeugnisse zurück. Schiele verlangte Erleichterungen insbesondere in der Viehwirtschaft. Er schloss: "Hüten Sie sich, der Landwirtschaft auf der Spitze der Not wieder eine Enttäuschung zuzufügen." In gleichem Sinne sprach der christlich-nationale Bauernführer v. Sybel. Reichsernährungsminister Dr. Dietrich erwiderte Herrn Schiele, dass ganz exorbitante Verhältnisse vorlägen. Das Kaiserreich habe von 1871 bis 1914 nur drei Zollvorlagen zu machen brauchen. Die Republik habe innerhalb 1½ Jahren drei Zollvorlagen machen müssen. Der Minister anerkannte die grosse Notlage der Landwirtschaft: so sei der Roggenindex innerhalb weniger Wochen von 126 auf 109 gesunken. In der Rede des Ministers war allerdings auch mancher Zweifel enthalten, ob die Zollpolitik zu dem gewünschten Erfolge führen werde. Von den Regierungsparteien nahm niemand das Wort, weil eine rasche Verabschiedung der Gesetze erwünscht ist, schon um der Spekulation auf den Märkten nicht einen längeren Spielraum zu gewähren.

Die Anträge der Regierungsparteien wurden zum Teil mit den Stimmen der Regierungsparteien, zum Teil auch mit den Stimmen der Rechten angenommen. Die Kommunisten versuchten ab und zu durch Schimpfworte sich geltend zu machen. Sicher



werden sie im Lande nun Zollräuberei der Sozialdemokratie behaupten. Wie wenig ernst es den Kommunisten mit dem Kampf gegen die Zollpolitik ist, geht daraus hervor, dass sie nicht den allergeringsten Obstruktionsversuch machten. Es waren überhaupt bei der entscheidenden Abstimmung nur 13 Kommunisten im Hause anwesend.

Die dritte Lesung der Zollvorlagen wurde auf Dienstag vertagt. Ein kommunistischer Antrag, Ausschussberatung herbeizuführen, wurde abgelehnt. Auf der morgigen Tagesordnung steht neben den Zollgesetzen auch der Nachtragsetat.

-----  
SPD, Athen, 24. März (Lig. Drahtb.)

Am 1. April tritt in Griechenland das neue Gesetz über die Sozialversicherung in Kraft. Es bestimmt, dass sämtliche Arbeiter, Angestellte und Beamte bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze sich obligatorisch gegen Alter, Krankheit und Unfall versichern müssen. Mit Vollendung des 60. Lebensjahres werden Alterspensionen gezahlt.

-----

# Aus aller Welt

## Homöopathie - Kurpfuscherei?

Zeileis hat die medizinischen Diskussionen wieder belebt. - Aber den Homöopathen kann nichts vorgeworfen werden - Aeusserungen des ersten Universitätslehrer des jetzt anerkannten Medizinzweiges.

SPD. Durch den Fall Zeileis, dessen ganze Problematik vermutlich auch noch vor Gericht zur Sprache kommen wird, ist in weiten Kreisen wiederum die Diskussion über verschiedene populär=medizinischen Systeme aufgelebt, deren Wert einem grossen Teil der offiziellen Medizin noch zweifelhaft ist. Von besonderem Interesse ist deshalb, was über seine Theorien der Heilung durch Homöopathie Dr. Bastanier zu sagen hat, der der einzige an der Berliner Universität für Homöopathie zugelassene Dozent ist.

Seit einem Jahrhundert kämpft die Homöopathie um ihre Anerkennung. Deutlicher gesagt: um ihre offizielle Anerkennung, denn anerkannt war sie bei einem Teil der Öffentlichkeit schon längst, und es hat gerade nach dem Kriege, als tausenderlei Allheilmittelchen und Wundermänner im Volke bereitwilligst Aufnahme fanden, Homöopathen gegeben, die sich grösseren Zuspruchs freuten, als mancher alterfahrene Arzt. Dabei haftete dieser Wissenschaft immer etwas an, das nach Kurpfuscherei, Aussenseitertum, Unsolidität schmeckte. Seit Dr. Hahnemann die Grundsätze der Homöopathie aufgestellt hatte, war sie bei den Anhängern der Schulmedizin der sogenannten Allopathie, auf heftigen Widerstand gestossen. Und doch liess sich solcher Widerstand damals durch nichts rechtfertigen: die offizielle Medizin stand zur Zeit Hahnemanns, also vor hundert Jahren etwa, selbst auf ganz niedriger Stufe, wandte die unsinnigsten Heilmethoden an, ver= schrieb Rezepte aus Dutzenden von Medikamenten. Erst mit den Fortschritten der physikalisch=chemischen Diagnostik, der pathologischen Anatomie und Bakteriologie gewann sie den entscheidenden Vorsprung vor der Homöopathie.

Schon vor 30 Jahren wurden im Preussischen Landtag Verhandlungen über die Errichtung homöopathischer Lehrstühle und Krankenhäuser geführt. Virchow hat damals die Homöopathie scharf bekämpft und ihre Verbreitung zu verhindern gesucht. Heute hat sich ihr aber die offizielle Medizin in vielen Punkten genähert. Wenn - um nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe ähnlicher Vorgänge herauszugreifen - die moderne Serumbehandlung den Krankheitserreger mit kleinsten Gaben der spezifischen Bakteriengifte bekämpft, so ist das im Grunde Homöopathie. Die Konsequenz aus alledem war, dass anerkannte Mediziner - an ihrer Spitze Geheimrat Bier - der Schaffung homöopathischer Lehrstühle an den Universitäten durchaus freundlich gegenüber standen.

In einer Unterredung erklärte Dr. Bastanier, dieser erste Dozent für Homöopathie an der Berliner Universität, dass er seine vornehmste Aufgabe darin sehen werde, nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame von Allopathie und Homöopathie zu betonen, und die bestehenden Gegensätze zu überbrücken. "Man hat sich", führte er aus, "gegen einen homöopathischen Lehrstuhl besonders deshalb gesträubt, weil man glaubte, wir würden die Köpfe der jungen Studenten verwirren, die Kreise der offiziellen Medizin zerstören. Nichts liegt mir ferner. Ich werde den Studenten erklären, dass all das, was sie von den Professoren gelernt haben, schön und gut ist, dass aber der Horizont der medizinischen Ideenwelt nicht gerundet ist, solange man nicht auch die homöopathischen Betrachtungen mit einbezieht. So wird meine Arbeit an der Universität eine rein ergänzende sein."

"Der Homöopath ist etwa jenem Pädagogen vergleichbar, der das Kind durch

kluge Ueberredung zu beeinflussen sucht. Wie aber dieser Pädagoge zu autoritativen Mitteln greifen wird, wenn sein Zögling einer drohenden Gefahr gegenübersteht, so wird auch der vernünftige Homöopath in dringenden Fällen zu allopathischen Mitteln greifen. Ich glaube, dass er klug genug sein wird, die Homöopathie nicht dann anzuwenden, wenn die Krankheit einen sofortigen radikalen Eingriff notwendig macht. Mit einigem gutem Willen wird man zu einer Harmonie gelangen, die sich schon jetzt in der Tatsache andeutet, dass jeder Arzt bereit ist, zusammen mit einem Homöopathen zu behandeln - ein Fall, der noch vor kurzem undenkbar gewesen wäre."

Dr. Bastanier kommt dann auf die Frage der Kurpfuscherei zu sprechen. "Die Homöopathie verführt dazu, dass auch der Laie sie ausübt, ja sie hat Kurpfuscherei geradezu gezüchtet. Daran haben aber nur jene Männer Schuld, die den Homöopathen bis jetzt die Möglichkeit einer ordentlichen Ausbildung an der Universität versagten. Wenn heute auch Homöopathen die Universität besuchen können, wird sich die Öffentlichkeit ganz von selbst von den Laienärzten abwenden. Der Dokortitel für Homöopathen wird die bis jetzt bestehenden Grenzen verwischen, und unser Aussenseitertum aufheben."

"Das Zusammenarbeiten von Allopathie und Homöopathie wird sich immer mehr befestigen. Das Nebeneinander hat aufgehört - es gibt nur noch ein Miteinander... wie es nicht zwei Wahrheiten gibt, sondern nur eine Wahrheit. Das grosse gemeinsame Ziel, einer kranken Menschheit zu helfen, wird uns vereinen!"

+ + +

Der Wahrheitsapostel auf dem Verkehrsturm. Eine Sensation rief in Stambul ein Lastträger hervor, als er auf einem grossen Platz an der Galata-Seite der neuen Brücke plötzlich auf den Stand des Verkehrspolizisten stieg, der in der Zeit des grössten Verkehrs seinen Leuchtturm im Stich gelassen hatte und auf einen Schnaps ins Wirtshaus gegangen war. Der Arbeiter benutzte die Gelegenheit, den Passanten eine zündende Rede gegen das Gewaltregime der Kemalisten zu halten. Eine riesige Menschenmenge sammelte sich an und hörte schweigend dem einfachen Manne zu, der die Regierung beschuldigte, das Land seiner Freiheit beraubt und systematisch ruiniert zu haben. Als ein Trupp Polizisten herbeieilte, warnte die Menge den Redner, der aber unerschrocken weitersprach, bis die Beamten ihn von seinem Stand herunterrissen und ins Gefängnis schleppten.

+ + +

Verbrecherinvasion in Mexiko? In der mexikanischen Presse kommt lebhaftige Furcht darüber zum Ausdruck, dass die durch die energischen Massnahmen der Polizeibehörden aus Chicago vertriebenen "Gangster" und käuflichen Revolverhelden ihr Tätigkeitsfeld nach Mexiko verlegen werden. Aus diesem Grunde wird eine strenge Grenzkontrolle über zweifelhaft amerikanische Besucher in Vorschlag gebracht. Die führenden Blätter betonen, dass eine "gangster"-Invasion für Mexiko eine Hochflut von Verbrechen bedeuten würde, wie sie das Land bisher niemals erlebt hat.

+ -+ +

Dollarpanik in Polen. Die Nachricht von der Entdeckung massenhaft gefälschter Dollarnoten hat in Polen eine wahre Panik hervorgerufen. Besonders die Bauern, die noch immer nicht der polnischen Währung vertrauen und ihre Ersparnisse daher in Dollar anlegen, fiebern in heller Aufregung. Unehrlische Spekulanten reisen von Dorf zu Dorf und erzählen den leichtgläubigen Bauern, dass alle in Polen befindlichen Dollarnoten gefälscht seien. Auf diese Weise hoffen die Gauner die Dollar den "Strümpfen" der Bauern für einen Spottpreis zu entlocken. Die Behörden haben bereits Schritte unternommen, um diesen "Dollarjägern" das Handwerk zu legen--.

+ + +

Bankräuberschlacht in Berlin. Auf eine Filiale der Commerz- und Privatbank in Berlin verübten bewaffnete Räuber einen tollen Ueberfall, als um Montag morgens kurz nach 9 Uhr die 39jährige Angestellte einer Berliner Brotfabrik 12 000 Mark, die sie in einer Ledertasche bei sich getragen hatte, auf der Bank einzahlen wollte, griff in dem Augenblick des nochmaligen Durchzählens des Geldes ein Bandit mit dem Rufe "Halte Maul, her damit!" plötzlich über die Schulter der Angestellten und entriss ihr das Geld und die Aktentasche, die gleichfalls noch Scheine enthielt. Die Ueberfallene, eine ziemlich robuste Frau, setzte sich heftig zur Wehr und machte den Versuch, den Räuber festzuhalten. Der aber gab aus einer mit Schrot geladenen Pistole auf die resolute Frau zwei Schüsse ab, die sie in die linke Hand trafen. Der Angestelltenschaft der Bankfiliale bemächtigte sich eine wilde Aufregung. Fluchtartig verliess der Bandit die Bank. Schnell folgten ihm der 20jährige Bankangestellte Backhaus, der, nachdem er die Situation erfasst hatte, sich mit einem kühnen Satz über die Barriere geschwungen hatte. Auch ihn verletzte der Räuber mit einem Schuss ins Gesicht. Aber Backhaus liess nicht nach. Es kam zu einem regelrechten Ringkampf, in dessen Verlauf dem Verbrecher ein Teil der geraubten Geldsumme wieder abgenommen werden konnte, während ein weiterer Teil dadurch zu Boden fiel, dass der Räuber mit der Tasche an der Tür hängen geblieben war; eine Menge Geldscheine fegten über die Strasse. Zum Schluss fehlten noch 1380 Mark. Trotzdem Backhaus in der Verfolgung des Banditen, an der sich auch ein Herr aus dem Publikum beteiligte, dem durch ein Schuss die Hutkrempe durchlöchert wurde, nicht abliess, gelang es dem Banditen noch rechtzeitig, in das mit laufendem Motor in der Nähe auf ihn wartende Auto Nr. IA 57 127 zu springen. Man hörte noch, wie ein im Wagen sitzender Komplize sowie der Chauffeur riefen: "So schie doch!" - dann sauste der Wagen schleunigst davon. Zwei hinzugeeilte Polizeibeamte nahmen in einer Autotaxe die Verfolgung der Räuber auf. Es begann eine wilde Jagd durch die Strassen nach dem Nordhafen, wo die verfolgenden Polizisten die leider eine Kraftdroschke ältesten Typs erwischt hatten, die schnellfahrende Limousine der Räuber aus den Augen verloren.

+ + +

Sechs Trichinentote in Stuttgart. Die Zahl der durch den Genuss von nicht trichinenfreiem Bärenschinken verstorbenen Gäste des Restaurants "Königshof" in Stuttgart hat sich auf sechs erhöht. Ausserdem sind 41 Krankheitsfälle festgestellt, von denen 25 in Stuttgarter Krankenhäusern, 13 in Privatwohnungen, zwei in Pforzheimer Krankenhäusern und einer im Spital von Zuffenhausen behandelt werden. Da in fast keinem einzigen Falle in dem Zustand der Kranken, die sämtlich furchtbare Schmerzen erleiden, eine Besserung eingetreten ist, muss man noch mit einer beträchtlichen Erhöhung der Todeszahl rechnen. Im übrigen dürften die zahlreichen Erkrankungen an Bärentrichinose sowohl ein Strafverfahren wie auch Anträge auf Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Fleischschau zur Folge haben. Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen Unbekannt eingeleitet, um festzustellen, woher der Eisbär stammte und was ihm gefehlt hat, als der Mannheimer Besitzer sich entschloss, ihn erschiessen zu lassen. Wenn das Tier nicht wegen einer durch einen Unfall erlittenen Verletzung, sondern wegen einer Erkrankung erschossen wurde, so wäre nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft der Besitzer des Tieres verpflichtet gewesen, es der Fleischschau zur Untersuchung vorzulegen, ehe er es zur menschlichen Ernährung verarbeiten liess. Andererseits will die städtische Gesundheitspolizei eine Ergänzung der veterinärpolizeilichen Bestimmungen herbeizuführen suchen, die Vorkommnisse ähnlicher Art in Zukunft ausschliesst.

+ + +

Oesterreichisches Eifersuchtsdrama. In dem oberösterreichischen Badeort Hall wurde der Oberarzt Dr. Peterka der Haller Kinderheilstätte der Stadt Wien von seiner Frau in einer Anwandlung von Eifersucht durch drei Axthiebe auf den Kopf erschlagen. Die unglückliche Frau erschoss sich dann.

"Seid umschlungen" - aber nur auf tschechisch! Generalintendant Tietjen von der Berliner Staatsoper hat die Sängerin Frau Nowotna und den Kapellmeister Alexander von Zemlinsky vorläufig vom Dienste suspendiert, weil sie sich bei einer von den Deutschen Prags zu Ehren Masaryks veranstalteten Festaufführung der Neunten Symphonie Beethovens dem Zwange tschechischer Nationalisten fügten, den Schlusschor "An die Freude" auf tschechisch zu singen bzw. zu lassen. Ob der Suspendierung die Entlassung der künstlerisch sehr bewährten Kräfte folgen wird, steht noch dahin.

+ + +  
Essenfahren statt "Essen=tragen." In den nächsten Tagen wird in Köln eine fahrbare Auto=Gaststätte das Strassenbild beleben. Dieses erste fahrbare Restaurant Deutschlands soll täglich auf regelmässigen Touren grössere Bau=stellen, Fabriken, Sportplätze usw. bedienen, die in den Aussenbezirken liegen und keine eigenen Kantinen haben. Das Wirtschaftsauto wird neben alkoholfreien Getränken bis zu 500 Liter warmes Essen und Eintopfgerichte mitführen können.

+ + +  
Stroh im Rennmotor. Ein höchst unfairer Rennbetrug stellte sich anlässlich des grossen deutschen Motorradrennens, das vor 100 000 Zuschauern am Sonntag in Eilenriede bei Hannover stattfand, heraus. Der Fahrer Bauhofer, der sich für 1930 für DKW verpflichtet hat, fiel nach einigen vielversprechenden Anfangsrunden mehr und mehr zurück und gab schliesslich auf. Im Beisein unparteiischer Zeugen stellte sich heraus, dass in Bauhofers Maschine ganz offenbar mutwillig ein Strohalm zur Verstopfung der Benzinzufuhr eingeführt worden ist. Wahrscheinlich wird sich der Staatsanwalt noch mit dem Fall beschäftigen.

+ + +  
Mordprozess in Potsdam. Vor dem Potsdamer Schwurgericht begann am Montag die Verhandlung gegen den Kutscher Kutzbach und den Arbeiter Humbeutel. Kutzbach wird beschuldigt, den Kassenboten Hammermeister erschlagen und beraubt zu haben, während die Anklage gegen Humbeutel auf Beihilfe lautet. Zur Verhandlung, in der der Angeklagte Kutzbach sehr viel weint, sind 150 Zeugen geladen. Sie wird etwa drei Tage dauern.

+ + +  
Sensation um Jakobowski. Am Montag morgen begann vor dem Landgericht Neustrelitz die zweite Verhandlung gegen Frau Kähler und ihre beiden Söhne Fritz und August, Nogens. Da das Meineidsurteil gegen alle drei rechtskräftig ist, lautet die Anklage gegen Frau Kähler auf Beihilfe an der Ermordung des kleinen Ewald Nogens, während dieser Ermordung selbst August und Fritz Nogens beschuldigt werden. Zuerst wird Frau Kähler vernommen, die ihr Geständnis aufrecht hält, aber jetzt behauptet, dass Jakobowski alle vier Kinder habe vergiften wollen und sie bedroht haben würde, falls sie ihn oder Kreutzfeld und Blöker verraten würde. Ausserdem behauptet sie, dass Kreutzfeld bereits am Abend vor der Tat in der Heidekate gewesen wäre. Wie sie vom Staatsanwalt und von Rechtsanwalt Dr. Brandt gefragt wird, weshalb sie diese Dinge nicht bereits in der ersten Verhandlung gesagt hätte, erklärt sie, dass sie sich vor Blöker und vor Kreutzfeld gefürchtet habe. Im Hinblick auf die völlig neue Taktik der Frau Kähler sagte der Vorsitzende: "Frau Kähler, es scheint nun so, als ob Sie bewusst darauf ausgingen, Ihre Söhne zu entlasten.... Sind Sie denn nun der Ansicht, dass Ihre Söhne bei der Tat nicht die Hand im Spiel gehabt haben?" Frau Kähler: "Das weiss ich nicht." Vors.: "War Jakobowski beteiligt?" Frau Kähler: "Jawohl, er war beteiligt." - Auch Fritz Nogens widerruft bei seiner Vernehmung sämtliche früheren Geständnisse und erklärt, dass er seinen Bruder August einfach deswegen belastet habe, weil er erst von diesem belastet worden wäre. Er erklärt, dass er "nicht dabei gewesen" wäre.

# Deutscher Reichstag

147. Sitzung vom 24. März 1930.

SPD. Ohne Debatte wird zunächst in zweiter und dritter Beratung die Novelle zum Hypothekendarlehenbankgesetz angenommen. Durch die Vorlage werden einige in der Inflationszeit aufgehobene Bestimmungen wieder hergestellt.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage, wonach das Reichsentschädigungsamt am 31. März 1930 aufgelöst wird und seine Aufgaben auf die Restverwaltung für Reichsaufgaben übergehen.

Abg. Brosswitz (Soz)

fordert, dass alle Entschädigungsanträge ebenso sorgfältig und gewissenhaft geprüft und erledigt werden wie bisher: Der Beamtenstand ist bereits stark vermindert, wie ja auch der Aufgabenkreis geringer geworden ist. Wir verstehen die Sorge der Entschädigungswerber und ihrer Verbände, aber diese Sorge ist nicht berechtigt, denn die Verfolgung der Ansprüche soll nicht erschwert, sondern nur der Apparat dafür vereinfacht werden. Im Ausschuss erhalten wir eine grosse Anzahl Entschädigungspetitionen, aber sie fallen fast gar nicht unter die Entschädigungsgesetze und müssen daher durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden. Auch die Zweifelsfälle werden nach eingehender Prüfung ebenso erledigt, und zwar meist durch einstimmigen Ausschussbeschluss. Der Ausschuss arbeitet nicht etwa oberflächlich und leichtsinnig. Parteipolitische Versprechungen, die undurchführbar sind und zum Zweck, sich beliebt zu machen, lehnen wir ab. Nur streng sachliche Eingaben können sachgemäss erledigt werden. Von der Schlussabrechnung sind noch 727 Millionen Mark übrig, es wird also vielleicht möglich sein, noch etwas nachzuzahlen. Die Auflösung des Amtes ist nicht zu umgehen. Wir begrüssen die Ankündigung, dass die Beamten nach Möglichkeit anderswo verwendet, die Restgelder aus der Verwaltung vollständig zu Gunsten der Liquidations- und Gewaltgeschädigten verwendet, und die Richtlinien dafür baldigst dem Ausschuss vorgelegt werden sollen. Die Sozialdemokratie wird sich in der Fürsorge für diese Geschädigten von keiner Partei dieses Hauses übertreffen lassen. (Beifall der Soz.)

Abg. Laverrenz (Dnat): Die 1,3 Milliarden, die auf Grund des Schlussgesetzes ausgezahlt wurden, sind nur ein verschwindend geringer Teil der erlittenen Schäden. Leider haben wir uns die Enteignungspraxis der Feinde zum Teil selbst zu eigen gemacht. Durch die Haager Liquidationsabkommen sollen alle diese Forderungen erledigt sein, deshalb soll das Amt verschwinden. Wir aber lehnen das ab.

Abg. Jadasch (Komm) spricht gegen die Vorlage und gegen die Sozialdemokratie, die beim Kriegsschädenschlussgesetz in Opposition war, die Verantwortung den Regierungsparteien zugeschoben und weitgehende Forderungen gestellt habe, heute aber die Wiederaufrollung der Entschädigungsfragen verhindere.

Abg. Fischbeck (Dem) hält dem Abg. Laverrenz (Dnatl) vor, dass dessen Partei das Schlussgesetz gewollt und gemacht hat.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Zu dem Antrag der Regierungsparteien auf Erhöhung der Einfuhrzölle für Weizen, Hafer usw. spricht - mit dreiviertelstündiger Redezeit - zunächst

Abg. Hörnle (Komm) von einem ungeheuren Zollwucher, der in der Zeit solchen Massenelends unternommen werde, als Ergebnis des Kuhhandels der Regierungsparteien. An ihrer Spitze marschiere die Sozialdemokratie, die noch vor wenigen Jahren Obstruktion gegen Zollerhöhungen getrieben und den Eintritt in die Regierung vor ihren Anhängern damit begründet habe, dass sie Schädigungen der Arbeitermassen verhindern wolle.

Abg. Schiele (Dnatl): Die Not der Landwirtschaft steigt immer noch wei-



ter; sie verkauft 25 % zu wenig von den 14,5 Milliarden Mark, die sie an Produkten absetzen müsste. Die Erzeugnisse der Landwirtschaft werden nur mit 109% des Vorkriegspreises bewertet, während sonst der Index 160% und darüber beträgt. Die Landwirte sagen sich immer mehr: Dieses Deutschland gewährt uns die Existenz nicht mehr. Im Osten erwürgen die hohen Zinssätze die Landwirtschaft. Die Preise sind noch niedriger als im Dezember. 10 Millionen Überseeweizen sollen in Europa, besonders in Deutschland und England abgesetzt werden, da kann nur eine ganze Massnahme helfen. Während in Deutschland 40 000 t Roggen eingesperrt werden, damit der Preis gehalten wird, kommt die doppelte Menge Mais und Gerste herein und macht unsere Massnahme unwirksam. Die Vorschläge der Regierungsparteien sind unzureichend, ebenso wie die bisher eingeführten Zölle und sonstigen Massnahmen. Das Maismonopol wird durch Roggen- und Gersteneinbrüche bedroht. Die Verbilligung des Zuckerzolls ist ganz unverständlich. Bei den Kartoffeln scheinen wir uns einigen zu können, für die Viehzucht erwarten wir Erleichterung. Ist die Erreichung des Weizenpreises von 260 M mit den Kompromissvorschlägen durchzuführen, so machen wir mit, andernfalls nicht. Hüten Sie sich, der Landwirtschaft auf der Spitze der Not wieder eine Enttäuschung zuzufügen. Niemand kann absehen, wohin das führen würde. Ein Stück Bauernkrieg gegen den Staat ist schon da. Nur gerechte, auskömmliche Preise können noch das Land retten, dem Staat ein gesundes Bauerntum wiedergeben und erhalten. Sichern Sie den Weizenpreis zwischen 230 und 260 Mark! So wenig die Exportindustrie ein Recht hat, balkanische Löhne bei uns zu zahlen, so wenig hat der Verbraucher das Recht auf Erhaltung niedriger Weltmarktpreise, wenn diese den schutzbedürftigen Bauernstand ruinieren. (Beifall rechts.)

Reichsernährungsminister Dietrich:

Die Sorge um den Bauernstand hat nicht nur die Rechte. Draussen wird verantwortungslose Hetzerei getrieben. Im Mittelpunkt steht jetzt das Roggenproblem: 1929 haben wir für 914 Mill. Körnerfrüchte eingeführt, infolge der guten Ernten der letzten beiden Jahre haben wir 600 Millionen Körnereinfuhr erspart. Aber die Einfuhr tierischer Produkte bewegt sich seit 1926 von 1509 Millionen aufwärts bis 1 773 Millionen im Vorjahr. Damit sind wir also viel abhängiger vom Ausland, als mit Körnerfrüchten; für den deutschen Osten ist der Körnerbau die Hauptsache, aber für ganz Deutschland ist es die Zurückdrängung der Einfuhr tierischer Produkte. Zur Zeit ist allerdings der Osten und damit der Körnerbau das Dringendste.

Es sind Riesenvorräte in der Welt, mit denen man nichts anzufangen weiss. 6 Millionen t Weizen sind in Nord- und Südamerika eingesperrt. Hätten wir das früher gewusst, dann hätten wir den Vermahlungszwang gleich so verschärft, wie es nachher geschehen ist. Für Roggen ist Deutschland massgebend. Wir haben viel mehr Roggen geerntet, als wir dachten. Wir haben über eine halbe Million t Roggen ins Ausland verschleudert oder eingesperrt, aber das hat schliesslich nichts geholfen. Der Weizenpreis ist in Argentinien bis auf 164, der Roggen in New York auf 134 gesunken, in Deutschland aber ist die Tonne nur um 8.- Mark gesunken, also nur um 1/6 oder 1/7 der Senkung auf dem Weltmarkt. (Erregte Zurufe der Kom.: Und bei uns verhungern die Menschen!) Bei uns verhungert keiner. (Abg. Jadasch wird wegen des Zurufs "Schamlosigkeit" zur Ordnung gerufen.)

Der Minister detailliert dann die Preisentwicklung der Getreidearten in allen Exportländern und bestätigt, dass die letzte Zollaktion infolge ungeheurer Vorversorgung (um 600 000 t) unwirksam geworden ist. Mit keinem Zoll werden wir den Roggenpreis über das Weltmarktniveau bringen, (lebhzustimmung) denn Polen und Russland können uns unterbieten. Mit Polen haben wir uns verständigt, mit Russland noch nicht, und das ist ein Loch in unserer Roggenpolitik. Allerdings glauben wir nicht, dass Russland jetzt viel Roggen expor-

tieren kann. Wenn Amerika die Schleuse öffnet und 4 oder 6 Millionen to auf den Weltmarkt loslässt, dann müssten wir allerdings den Zoll ganz gewaltig erhöhen. Aus der Maismisere führt uns nur der Weg der öffentlichen Bewirtschaftung, die das Staatsinteresse vor das des Einzelnen stellt. Für die praktische Handhabung wird uns die Entwicklung bis nach der Osterpause die Richtschnur geben. Die Mehreinfuhr ist sehr stark zurückgegangen, der Zollschatz hat genügt, aber im Januar ist sie infolge anderer Zollberechnung auf das Vier- bis Fünffache gegen den Januar des Vorjahres gestiegen.

Der westdeutsche Schweinezüchter steht wesentlich schlechter als der dänische oder holländische, denn er muss Futter kaufen und gibt dafür denselben Betrag infolge Zollschatz aus, wie er im Preis seines Schweines drin steckt. Der deutschen Geflügel- und Eierproduktion muss geholfen werden. Den Weizenzoll können wir ohne jede Gefahr für die deutsche Volksernährung erhöhen (Widerspruch der Kom.). Wir müssen diejenigen, die auch Futtermittel verbrauchen, zwingen, einen gewissen Teil inländische Futtermittel zu verwenden. Auf diesem Wege wird man vielleicht dahin kommen, die Futtermittelzölle durch einen Zuschuss zum Roggen zu ersetzen. Darauf zielt ja der Kompromissvorschlag auch. Es gilt, den Osten zu retten ohne den Westen zugrunde gehen zu lassen.

Noch rasender als beim Getreide ist der Zuckerpreis gefallen, und zwar auf 8 - 8,50 Mark auf dem Weltmarkt, sodass trotz unserem 12.- M-Zoll schon Auslandszucker hereinkommt. Um unsere Zuckerindustrie zu erhalten, muss sie eine Kontingentierung vereinbaren, nur darin liegt das Heil für sie und für die Rübenbauern. Bei den ganzen Massnahmen ist Eile die Vorbedingung des Erfolges. Immerhin muss auch die Rechte anerkennen, dass unsere Weizenpolitik schwere Schäden von der Landwirtschaft ferngehalten hat. Um den Osten besiedlungsfähig zu erhalten, muss er vor der Devastierung bewahrt bleiben. Der Verbraucher hat keinen Grund, sich über die Zollpolitik zu beschweren, zumal die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dauernd bis auf 109,9% des Vorkriegsstandes gesunken sind.

Abg. v. Sybel (Chr.nat.Bauernp.) macht die Reichsregierung und die Mehrheitsparteien für die Versäumnisse von 1929 verantwortlich, die die Katastrophe des Roggenbaues und die übrige Notlage der Landwirtschaft herbeigeführt haben. Auch die jetzigen Vorschläge seien unzureichend.

Damit ist die erste Lesung beendet. Ausschussberatung ist nicht beantragt. Es folgt deshalb sofort die zweite Lesung, in der das Wort nicht verlangt wird, sodass die Abstimmung angeschlossen wird. Sie ergibt die unveränderte Annahme der Anträge der Regierungsparteien auf Zolländerungen für Roggen, Gerste, Mais, Mehl und Eier. Nunmehr beantragen die Kommunisten Ausschussberatung, die abgelehnt wird.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Dienstag widersprechen die Kommunisten der Ansetzung des Nothaushaltsgesetzes, da die Drucksache nicht früh genug verteilt worden sei. Vicepräsident Esser trägt diesem Einwand Rechnung. Dienstag, 15 Uhr: Dritte Lesung der Zollerhöhungen und Nachtragsetat. Schluss 19 Uhr.

# Gewerkschaftliche Rundschau ✖

## Zerbrochene Ziegel.

Und was sie verdeckten.

SPD. Die "Not der Wirtschaft" wird seit Monaten in der Unternehmerpresse in geradezu herzzerreissenden Klagen geschildert. Die Fassade dieser Not, die der Deutsche Arbeiter in Form von Bilanzen und Jeremiaden über zu hohe Löhne zu Gesicht bekommt, bietet einen erbarmungswürdigen Anblick. Bekommt aber diese Fassade ein Loch, weil irgendwo durch einen dummen Zufall Säulen und Träger einstürzten, dann sieht man oft ganz andere Dinge als "Not der Wirtschaft". In München ist dieser Tage eine Unternehmersäule eingestürzt. Was hinter der zerrissenen Fassade sichtbar wurde, war eine reizende Skandalaffäre, die grelles Licht auf die "Not" der Ziegelindustriellen wirft. Der Tatbestand ist folgender: der in Ziegeleikreisen wohlbekannt prominente Vertreter der bayerischen Ziegelindustrie, Kommerzienrat Josef Oelgrey, Geschäftsführer der Münchener Ziegelverkaufsvereinigung G.m.b.H. und Vorsitzender des bayerischen Tonindustrieverbandes, musste fristlos entlassen werden. Zugleich mit ihm wurden ein Prokurist, eine Buchhalterin und verschiedene Angestellte gegangen. Oelgrey hat sich, wie in Münchener Blättern gemeldet wurde, im Laufe der letzten Jahre erhebliche Beträge, die 400 000 Mark überschreiten dürften, widerrechtlich angeeignet. Zu diesem Zweck hat er falsche Buchungen vorgenommen und zweifelhafte Bilanzen aufgestellt und auch noch sein Personal, darunter zwei weibliche Angestellte, zu Handlungen verleitet, die ebenfalls mit fristloser Entlassung geahndet werden mussten. Oelgrey soll einen Teil seines Vermögens im Ausland deponiert haben. Wie verlautet, hat er seit seiner Entlassung etwa 100 000 Mark von dem veruntreuten Betrage zurückgezahlt.

Markwürdigerweise haben die Geschädigten von einer Strafanzeige abgesehen. Die Ziegel-Verkaufsvereinigung deckt über die Sünden eines "kgl." bayerischen Kommerzienrat den Mantel der christlichen Nächstenliebe. Auch die Unternehmerfachpresse behandelt die Affäre mit auffallendem Zartgefühl. Von dem Fall Oelgrey wurde in ihr nur die kurze Notiz über die Aenderung im Handelsregister gebracht, und anscheinend ist es nur Zufall gewesen, dass die Angelegenheit vor die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Hat Herrn Oelgrey vielleicht die Not, wie manchen armen Teufel, zu seinen Veruntreuungen getrieben? Sein Einkommen war nicht schlecht. Es war bis auf 70 000 Mark gestiegen. Rechnet man ein solches Jahresgehalt auf 2 400 Arbeitsstunden um, dann ergibt sich, ein Stundenlohn von 29,17 Mark. Ein ganz schöner Stundenlohn. Aber für manche Herren ist das noch nicht hoch genug, so dass sie noch "nebenbei" über 400 000 Mark einstecken müssen.

Die bayerischen Ziegeleibesitzer, die so mit dem Geld um sich werfen, verstehen es ausgezeichnet - über die Not der Wirtschaft zu klagen. Seit Jahr und Tag predigen sie unter ständigen Hinweisen auf die angeblich überaus schlechte Lage der Ziegelindustrie der Ziegelerbeiterschaft Enthaltensamkeit und Einschränkung der Lebenshaltung. Immer wieder erklären sie, dass die tariflichen Löhne für die Ziegelindustrie nicht tragbar seien. Dabei erhält der hochqualifizierte Ziegeleiarbeiter in der ersten Ortslohnklasse 93 Pfennig und in der niedrigsten 74 Pfennig, der ungelernte Ziegeleiarbeiter in der ersten Ortslohnklasse 81, in der letzten 64 Pfennig, die Vollarbeiterinnen erhalten in der

ersten Klasse 57 und in der letzten 45 Pfennig. Man kann also wirklich nicht behaupten, dass die Ziegeleibesitzer Bayerns ihrer Arbeiterschaft zu viel Lohn geben. Schliesslich ist noch zu bedenken, dass ein grosser Teil der Ziegeleien nur aus Saisonbetrieben besteht, ja selbst Dauerziegeleien haben in diesem Winter schon seit langer Zeit ihre Betriebe geschlossen. Ein erheblicher Teil der Ziegler hat schon im vorigen Jahr nicht einmal so viel Beschäftigungszeit aufweisen können, dass er die Anwartschaft für die Arbeitslosenversicherung (26 Wochen) erreichte. Die Ursache hierfür liegt zu einem guten Teil in der durch fortschreitende Technisierung geschaffenen grösseren Leistungsfähigkeit der Betriebe. Die für den Bedarf nötige Produktion wird in immer kürzeren Zeiträumen bewältigt. Auch die Ziegeleibesitzer kommen natürlich mit der Ausrede, dass die Arbeiterschaft durch ihre fortwährenden Versuche, die Löhne zu steigern, selbst an der Technisierung und damit an der Arbeitslosigkeit schuld seien! Wie wenig stichhaltig diese Ausrede ist, zeigt folgendes, einfaches Rechenexempel: rechnen wir im Durchschnitt eine Beschäftigungsdauer von 26 Wochen dann hat nach den Tarifstundenlöhnen ein hochqualifizierter Ziegeleiarbeiter ein Jahreseinkommen von rund 1 440 Mark. Dieses Einkommen erreichen aber selbst die bestbezahltesten Ziegeleiarbeiter keineswegs immer und die Schicht der bestbezahlten Arbeitskräfte ist verhältnismässig dünn; der grösste Teil der Ziegeleiarbeiter hat ein bedeutend geringeres Jahreseinkommen. 1 440 Mark in der Spitze - das ist also der angeblich fürchterliche Druck, der zu einer hemmungslosen Technisierung und Rationalisierung führt.

1 440 Mark in der Spitze für einen hochqualifizierten Ziegelfacharbeiter und 70 000 Mark für die Direktoren des Verkaufsbüros der Münchener Ziegelverkaufsvereinigung! Und dann jammert man über die "schlechte Wirtschaftslage." Nicht die Ziegeleiarbeiterlöhne sind zu hoch, sondern sehr viele Direktorengehälter und dazu die "sonstigen Einkommen" dieser Leute, deren Ueberschüsse nicht der deutschen Wirtschaft zugeführt, sondern im Auslande sicher angelegt werden.

---

SPD. In der Metallindustrie ist die Kündigung des Rahmentarifs für die Gruppe Nordwest notwendig geworden, weil seine Anpassung an die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte erfolgen muss. Noch im Verlaufe dieses Monats werden Besprechungen der Metallarbeiterverbände stattfinden, damit ein gemeinsamer Vorschlag von den Arbeitern gemacht werden kann.

In ähnlicher Weise wird auch vom Bergbauindustriearbeiterverband gemeinsam mit den anderen in Betracht kommenden Verbänden eine Aenderung der Arbeitsordnung für den Ruhrbergbau angestrebt. Auch hier ist eine Anpassung an das moderne Arbeitsrecht notwendig. Nach den Vorschlägen der Bergarbeiter soll z.B. der alte § 13 der Arbeitsordnung, der den Arbeitern den Anspruch auf Lohn im Falle vollständiger oder teilweiser Betriebsunterbrechung infolge von technischen Störungen, Absatzmangel oder aus anderen Gründen verweigerte, dahin geändert werden, dass ein Lohnanspruch dann besteht, wenn sie ohne ihr Verschulden beiden im § 13 genannten Fällen an der Arbeit verhindert sind. Die bisherige Fassung des § 13 steht im Widerspruch mit § 165 des BGB. Die Unternehmer lehnen diese Anträge ab. Ferner wird eine bessere Regelung der Gedingefestsetzung angestrebt. Bei einem Nichtzustandekommen eines Gedinges sollen die Durchschnittslöhne der betreffenden Arbeitergruppe statt wie bisher die Mindestlöhne gezahlt werden.

SPD. Der 19. ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird nicht in Dortmund, sondern in Berlin stattfinden. Die Verlegung des Verbandstages von Dortmund nach Berlin ist durch die Uebersiedlung der Hauptverwaltung von Stuttgart nach Berlin notwendig geworden. Diese Uebersiedlung ist ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte des Verbandes; deshalb wird der Verbandstag mit der Einweihung des neuen Verbandshauses verbunden. Die Tagung beginnt am Montag den 18. August.

SPD. Die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums, die die Bauunternehmer eröffnet haben, findet auch bei den Baustofffabrikanten kräftig Unterstützung. Der Arbeitgeberverband für die Ziegelindustrie in der Kreishauptmannschaft Chemnitz hat den Lohntarifvertrag für den 30. April gekündigt und 10% Lohnabbau gefordert. Die Unternehmer wollen, wenn die Ziegelerbeiter nicht zu Kriege kriechen, keinen Tarifvertrag abschliessen, sondern in den Betrieben einzeln den Abbau durchsetzen. Man legt den Arbeitern bereits Reverse zur Unterschrift vor, durch die sie sich verpflichten sollen, um 10% billiger zu arbeiten. Wer den Revers nicht unterschreibt, soll fristlos entlassen werden.

SPD. Die Betriebsrätewahlen in der Chemnitzer Metallindustrie endeten mit einer vernichtenden Niederlage der Kommunisten. Von 150 Betrieben in der Metallindustrie folgten nur 11 der kommunistischen Parole, sogenannte "Rote Listen" aufzustellen. In diesen 11 Betrieben mit den "roten Listen" wurden im Vorjahre 114 Arbeiterratsmitglieder gewählt; davon gehörten 63 der SPD und 42 der KPD an; 9 - darunter 4 "Gelbe" - waren politisch indifferent. In diesem Jahre haben die freien Gewerkschaften, obwohl in den 11 Betrieben nur 107 Arbeiterratsmitglieder zu wählen waren, noch drei Sitze gewonnen; denn auf ihre Listen wurden 59 Sozialdemokraten und 8 Brandlerianer gewählt. Die Kommunisten dagegen erhielten nur 34 Sitze. Die "Gelben" verloren einen Sitz.

SPD. Der internationale Bund der Privatangestellten hat für den 27. März eine Konferenz der Handelsangestellten und für den 28. März eine solche der Geschäftsreisenden und Vertreter nach Wien einberufen. Die Konferenz der Handelsangestellten wird sich mit den wöchentlichen Ruhetag, der Arbeitszeit, der fünfeinhalbtägigen Arbeitswoche, dem Ladenschluss und der Pauseneinteilung im Handel beschäftigen. In der Konferenz für die Geschäftsreisenden und Vertreter sollen vor allem die besonderen Forderungen der Provisionsvertreter hinsichtlich ihres Einkommens und der Sicherstellung der Schutzbestimmungen getroffen werden.

SPD. Die Wahl der Delegierten zur Breslauer Generalversammlung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes findet am Sonntag den 6. April statt. Der Bergarbeiterverband ruft im Hinblick auf die Wichtigkeit der auf der Generalversammlung zu behandelnden Fragen zu restloser Beteiligung auf.

# Wirtschaft Technik Handel

## Agrarzollvorlage und Brotpreis.

von Dr. Fritz Baade.

SPD. Es sind eben drei Monate vergangen, seit die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Regierungskoalition ein umfangreiches Programm zur Stützung der landwirtschaftlichen Preise verabschiedet hat. Wenn jetzt schon wieder mit höchster Beschleunigung eine Agrarzollvorlage im Reichstage erledigt werden soll, drängen sich drei Fragen auf:

1.) Ist es wirklich notwendig, schon wieder "etwas für die Landwirtschaft zu tun?"

2.) Ist es überhaupt möglich, mit diesen Mitteln (Gleitzölle und Stützungskäufe) die landwirtschaftlichen Preise zu verbessern?

3.) Verletzt die Sozialdemokratie nicht mit der Bereitwilligkeit zu neuen landwirtschaftlichen Hilfsmassnahmen ihre älteste und wichtigste Aufgabe, den Schutz der Verbraucherinteressen?

Zur ersten Frage ist Folgendes zu sagen: Die geplanten neuen Massnahmen gelten in erster Linie der Stützung der Roggenpreise. Der Roggen stand bis vor wenigen Wochen auf etwa 160 Mark d.h. gerade auf Vorkriegsstand, während die Produktionskosten des Landwirtes weit über den Vorkriegskosten liegen. In jüngster Zeit ist der Roggen sogar auf etwa 145 Mark d.h. auf 90% der Vorkriegspreise zurückgegangen. Aber selbst auf diesem Stand wird er nur durch die im Dezember beschlossenen neuen Massnahmen und vor allem durch die Stützungskäufe gehalten. Ohne diese Massnahmen würde er günstigstenfalls auf 120 Mark stehen, d.h. auf 75% der Vorkriegspreise. Ein solcher Tiefstand der Roggenpreise gefährdet nun aber nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, die Roggen bauen und verkaufen, sondern den gesamten deutschen Osten, den Arbeitsmarkt und die künftige Brotversorgung, des deutschen Volkes. Für 120 oder 140 Mark und selbst für 160 Mark kann kein Landwirt in Deutschland Roggen produzieren, weder der Bauer noch der Grossbetriebsleiter. Würden die Preise längere Zeit so bleiben, so müssen selbst erstklassig geleitete roggengerkaufende Betriebe im deutschen Osten unweigerlich zusammenbrechen. Der Zusammenbruch dieser Betriebe würde, da im Osten ja auch alle mittleren, kleinen und grösseren Städte letzten Endes von der Landwirtschaft leben, den landwirtschaftlichen Zusammenbruch des gesamten Ostens bedeuten. Am schärfsten würde die Arbeiterschaft davon betroffen und zwar in doppelter Weise: 1.) durch eine gewaltige Verschärfung der Arbeitslosigkeit 2.) durch eine künftige Gefährdung und Verteuerung der Brotversorgung.

Eine Hilfe für den Roggen ist also eine unbedingte Notwendigkeit, der sich keine verantwortungsbewusste Regierung entziehen kann und am allerwenigsten eine Massenpartei, die die deutsche Wirtschaft im Interesse der breiten Volksmassen erhalten und vorwärts bringen will.

Mit der Agrarzollvorlage vom Dezember 1929 ist unter der Führung der Sozialdemokratie mit der herkömmlichen Zollpolitik vollkommen gebrochen worden. Die bisherigen Zölle waren starre Zölle, die auch dann hoch blieben, wenn die Weltmarktpreise hoch waren und die bei einem unvorhergesehenen Sturz der Weltmarktpreise auch vorübergehend unzureichend sein konnten. Seit dem Dezember



1929 haben wir ein vollkommen neues System. Die Hauptsache ist hier nicht der Zoll, sondern eine Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern über einen angemessenen Preis. Die Regierung hat den Auftrag bekommen, innerhalb sehr weiter Grenzen den Zoll so zu bemessen, dass dieser vereinbarte Preis möglichst erzielt wird. Auch bei dem von der Sozialdemokratie geforderten Getreidemonopol würde die Aufgabe darin bestehen, bei schwankenden Weltmarktpreisen verschieden hohe Zuschläge zu erheben, damit ein vereinbarter, für Erzeuger und Verbraucher erträglicher Inlandspreis herauskommt. Zweifellos ist ein solches Gleitzollsystem organisatorisch ein viel unvollkommeneres Mittel als ein Getreidemonopol, immerhin aber steht es der Monopolregelung schon viel näher als dem alten starren Zollsystem.

Dies gilt dann umsomehr, wenn in der Gesamtheit der vorgeschlagenen Massnahmen der Zoll immer mehr zur Nebensache und andere Massnahmen immer mehr zur Hauptsache werden. Beim Roggen ist nun dieser Zustand längst erreicht. Die heutige Stützung des Roggenpreises beruht zum geringsten Teil auf den im Dezember 1929 erhöhten Zöllen. Die Exportprämie des Einfuhrscheinsystems, die jahrzehntelang in der Hand der Agrarier für das wichtigste Mittel zur Roggenstützung gehalten wurde, hat ihre Bedeutung überhaupt vollkommen verloren. An die Stelle des unbegrenzten Verschleuderns von Roggenüberschüssen ist die Verständigung über den Roggenexport mit unseren wichtigsten Konkurrenten - Polen - getreten. Der wichtigste Fortschritt ist aber die Magazinierungspolitik, bei welcher wir die Ueberschüsse reicher Roggenernten auffangen und im Lande behalten, um für den Fall einer darauffolgenden knappen Ernte eine Brotgetreidereserve in der Hand zu haben und ein übermässiges Steigen der Korn- und Brotpreise zu verhindern. Bei der Beurteilung der Roggenfrage darf man ja überhaupt nicht nur von dem gegenwärtigen Roggenüberfluss ausgehen, sondern muss daran denken, dass wir in den letzten 6 Jahren dreimal (1925, 1928 und 1929) zwar eine gute Ernte mit einem Roggenüberschuss hatten, aber dreimal (1924, 1926 und 1927) eine schlechte Ernte, bei der wir zu himmelhohen Preisen den Zuschussbedarf im Auslande zusammensuchen mussten. In diesen Jahren stand der Roggenpreis monatelang über dem Weizenpreis und der Brotpreis war auf die Gesamtheit des städtischen Brotverbrauchs gerechnet) um 300 Millionen Mark Jahreswert höher als gegenwärtig. Die Roggenmagazinierung ist daher angesichts dieser erneuten Schwankungen das Kernstück jeder vernünftigen Roggenpolitik. Wenn die Stützungsstelle heute über einen Roggenwert von 400 000 Tonnen Roggen verfügt, so haben die Verbraucher am wenigsten Anlass, sich darüber Sorge zu machen, denn diese Brotgetreidereserve sichert ihnen auch bei ungünstigem Ernteausfall für das kommende Jahr einen mässigen Brotpreis.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

---

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen an Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat Februar mit 625,7 Millionen Mark an. Davorhergehende Monat erbrachte 1 110,2 Millionen Mark. Ein Vergleich ist jedoch nicht möglich, da in den Monat Januar besondere Zahlungstermine fielen. Als Vergleichsmonat kann man den Monat November 1929 heranziehen; die Einnahmen betragen damals 666,1 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer für den Monat Februar belaufen sich auf 92,48 Millionen Mark gegenüber 118,7 Millionen Mark im Monat Januar. An Lohnsteuern wurden im Februar 26,41 Millionen Mark zurückerstattet. Insgesamt machen die Rückerstattungen für die Zeit vom 1. April 1929 bis Ende Februar 1930 66,095 Millionen Mark aus. Diese Summen sind durch die Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Massen und Massenkaufkraft gesichert worden.

In den bisherigen 11 Monaten des Rechnungsjahres 1929/30 sind im ganzen

rund 8527 Millionen Mark aufgekomen gegenüber einem Voranschlag von 9096 Millionen Mark. Für den Monat März erwartet das Reichsfinanzministerium günstige Einnahmen. Erfüllen sich diese Erwartungen, so wird das durch den Nachtragshaushaltsplan festgesetzte Einnahmesoll annähernd erreicht.

---

SPD. Der Zentralausschuss der Reichsbank beschloss am Montag die Herabsetzung des Diskontsatzes von  $5\frac{1}{2}$  auf 5% und des Lombardsatzes von  $6\frac{1}{2}$  auf 6%. Die Reichsbank trägt mit diesem Beschluss der Weltzinsverbilligung Rechnung und zieht die notwendige Konsequenz aus der gesunkenen Inanspruchnahme des Reichsbankkredits.

Die Herabsetzung des Diskontsatzes wurde im Zentralausschuss von Dr. Schacht begründet. Die Rede war der Schwanengesang des langjährigen Leiters der deutschen Diskontpolitik, der sie zu einer Politik der verpassten Gelegenheiten gemacht hat. Schacht führte u.a. aus:

"Der Status der Reichsbank hat sich seit der letzten am 8. März 1931 in Kraft getretenen Diskontermässigung von 6 auf  $5\frac{1}{2}$ % weiter entlastet. Die Entspannung hat sich auch nach dem 15. März fortgesetzt. Sie steht mit dem Rückgang der heimischen Konjunktur und mit den geldlichen Erleichterungen an den wichtigeren Auslandsmärkten im Zusammenhang, die in den letzten Wochen zu neuen Diskontermässigungen an den ausländischen Märkten geführt haben. Unter diesen Umständen glaubte das Reichsbankdirektorium trotz gewisser, sich aus der Lage der deutschen Geldverhältnisse ergebender Bedenken gegen eine zu schnelle und zu starke Geldverbilligung es verantworten zu können, der letzten Diskontsenkung schon jetzt eine weitere Herabsetzung um  $1/2$ % folgen zu lassen. Dass der bevorstehende Quartalsultimo und die zu erhoffende Saisonbelebung zu einer über das vorauszusehende Mass hinausgehenden Anspannung der Reichsbank führt, dürfte mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage vorerst nicht zu erwarten sein. Die deutsche Öffentlichkeit wird sich darüber klar sein müssen, dass ein Satz von 5% den inneren Geld- und Kapitalverhältnissen Deutschlands nicht entspricht, und dass es nicht zum wenigsten der von den niedrigen Auslandsraten ausgehende Zwang (Goldzufuhr etc.) ist, der uns nötigt, uns nach den ausländischen Geldmärkten zu richten."

Die Deutsche Golddiskontbank hat ihren Zinsfuß gleichfalls von  $5\frac{1}{2}$ % auf 5% herabgesetzt.

---

SPD. Die Getreide-Industrie und Commission A.G. legt für das am 30. Juni 1929 zuende gegangene Geschäftsjahr einen Abschluss vor, der einen Verlust von 682 000 Mark ausweist. Das Unternehmen ging aus Privathänden in den Besitz der Preussenkasse und der Rentenbank-Kreditanstalt über. Es wurde gewissermassen staatlich, hatte besondere Aufgaben zu erfüllen und zwar in der Art, dass es sich in den Dienst der Landwirtschaft stellte. Dadurch wurde eine Neuorientierung und Rationalisierung notwendig. Auslands- und privatwirtschaftliche Geschäfte traten in den Hintergrund. Erweitert wurde das Geschäft mit Inlandsgetreide, wobei der Standpunkt massgebend ist, zu einer Regulierung der Getreidemärkte beizutragen.

Die Umstellungsarbeiten erklären den Verlust. Im neuen Geschäftsjahr haben sich die Dinge bei der Getreide-Industrie und Commission A.G. bereits eingespielt. Wie mitgeteilt wird, konnte der im vorigen Geschäftsjahr entstandene Verlust von 682 000 Mark bereits bis Ende des Jahres 1929 ausgeglichen und ein erheblicher Gewinn erzielt werden.

---

## Rückschlag.

(Berliner Getreidebörse vom 24. März.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Montag in erheblich abgeschwächter Haltung. Schon die Eröffnungsnotierungen am Markte der Zeitgeschäfte lagen um 2 - 3 Mark niedriger, um sich im Verlaufe der Börse um weitere 1 - 2 Mark abzuschwächen. Das Angebot an effektivem Weizen war recht klein geblieben, auch hier gingen die Preise um etwa 3 Mark zurück. Auf dieser neuen Basis machte sich aber gute Nachfrage bemerkbar. Roggen hatte gleichfalls kein grosses Angebot, verlor aber auch 2 Mark, ohne dass sich hierzu Käufer in nennenswertem Umfange fanden. Massgebend für die geringe Kauflust ist das schlechte Mehlgeschäft. Die Mühlen zeigten sich bei ihren Forderungen nachgiebiger, ohne jedoch Käufer heranzuziehen. Auch Hafer hatte ruhige Stimmung aufzuweisen.

	<u>22. März</u>	<u>24. März.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	249 - 250	247 - 248
Roggen	145 - 149	144 - 147
Braugerste	162 - 172	162 - 172
Futter- und Industrieroggen	142 - 152	142 - 152
Hafer	129 - 139	128 - 138
loco Mais Berlin	162	162
Weizenmehl	27,25-35,00	27,25-35,00
Roggenmehl	20,75-24,00	20,75-24,00
Weizenkleie	8,25- 8,75	8,25- 8,75
Roggenkleie	8,50- 9,00	8,50- 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März - (Vortag -), Mai 264½-263 (267½), Juli 270-268(273). Roggen März 158 (-), Mai 164½-163½ (167), Juli 172-169½ (174). Hafer März - (-), Mai 142-140½ (148½), Juli 148-146½ (149½).

## Amtliche Eiernotierung.

(24. März)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 11, Kl. A 60 Gr. 10, Kl. B. 53 Gr. 8½-9, Kl. C. 48 Gr. 8, frische Eier 53 Gr. 8½, aussortierte kleine und Schmutzeier 6-6½. Auslandseier: Dänen, 18er 11½, 17er 10½, 15½-16er, Holländer, Durchschnittsgewicht 68 Gr. 11½, 60-62 Gr. 10-11, Rumänen 57-58 Gr. 7½, Ungarn 57-58 Gr. 7½, bis 7¾, Russen, normale 7, kleine, Mittel- und Schmutzeier 6-6½. In- und ausländische Kühlhauseier: Chinesen und ähnliche 5½-6½. Tendenz: matter,

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

(24. März)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,50 bis 1,80, Rote 1,60 bis 2 Mark, gelbfleischige Kartoffeln 2,30 bis 2,50 Mark.

# Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 23

Berlin, den 24. März 1930.

## 25 Jahre Mutterschutz.X

SPD. In der vorletzten Märzwoche hielt der Deutsche Bund für Mutterschutz und Sexualreform seine Jubiläumstagung in Berlin ab. Bei der Festsetzung sprach unter den vielen Freunden der Bewegung auch der Reichstagspräsident Löbe dem Bunde seine Anerkennung für die geleistete Reformarbeit aus. Nicht etwa wie er bedauernd betonte, im Auftrage des deutschen Reichstages, der leider nur in der Minderheit die Ziele des Bundes bejaht, sondern als langjähriges Mitglied des Bundes. Alle Errungenschaften auf den Gebieten der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge, des Mutterschutzes vor und nach der Entbindung, auch für die ledigen Mütter, sind erst durch die Pionierarbeit des Bundes unter Führung von Dr. Helene Stöcker unumstrittene Teile der sozialen Fürsorge und der Gesetzgebung geworden. Löbe wünschte dem Bunde für die nächsten 25 Jahre für seinen bisher weniger glücklichen Kampf gegen alle Mächte der Finsternis in Fragen einer ethischen Reform des sexuellen Lebens den gleichen Erfolg wie in der praktischen Sozialpolitik.

In einer öffentlichen Versammlung sprachen der Soziologe Geheimrat Professor Dr. Julius Wolf, der Münchner Arzt Dr. Julian Marcuse, Frau Rita Bardenheuer, Leiterin einer Sexual- und Eheberatungsstelle in Bremen, und der Berliner Stadtarzt Dr. Max Hodann über das Thema "Abtreibung und Geburtenregelung", das heute als brennendstes Problem im Mittelpunkte der Bundesarbeit steht. Eingehende Erhebungen beweisen, dass der durch die Strafbarkeit der Abtreibung erzwungene Pfuschabort in Deutschland jährlich 4 000 Todesfälle zur Folge hat und bei über 100 000 Frauen Siechtum bewirkt. In etwa 30 % der Fälle erzeugt der Pfuschabort völlige Unfruchtbarkeit, der kunstgerecht ausgeführte Abort dagegen nur bei 3 %. Noch vor wenigen Jahren schätzte man die Zahl der Abtreibungen auf etwa 800 000 im Jahre, heute dürfte sie mindestens die Zahl der Geburten, also 1 200 000, erreicht haben. Dabei kommen 92 % auf die unbemittelten Schichten der Bevölkerung, 7,9 % auf die nur wenig bemittelten und der verschwindende Rest auf die begüterten. Es sei unerklärlich, so wurde ausgeführt, dass sich angesichts dieser Tatsachen nicht eine Volksbewegung allergrößten Masses wie eine Brandung erhebt, um diese Terrorisierung der leidenden Volksmasse durch eine von kirchlichen oder Standesinteressen geleitete Minderheit zu beseitigen.

Historischer Hintergrund für den Kampf um eine vernünftige Geburtenregelung ist die Besitznahme des Frauenkörpers durch den Arbeitsmarkt der Welt. Der Frauentypus von heute ist nicht mehr mit dem früheren zu vergleichen; so hat die Textilarbeiterenquete vor 4 Jahren ergeben, dass 64 % der in der Textilindustrie beschäftigten Frauen nicht mehr normal gebären konnten. Als praktischen Ausweg aus dem Elend gibt es neben den zu erstrebenden Aenderungen in den sozialen Lebensbedingungen der Masse nur die weitgehendste Aufklärung über den Gebrauch von Verhütungsmitteln, die jedoch auch nach dem neuen Strafgesetzentwurf immer noch unterbunden wird. Dazu kommt die Schwierigkeit der hohen Preise, die Dr. Bendix, der Leiter der Berliner Krankenkassenambulatorien, zu beseitigen hoffte: auf seine Anregung hin beschloss die letzte Krankenkassentagung in Fürth, dass die Kassen berechtigt seien, unentgeltlich Verhütungsmittel als freiwillige Mehrleistung zu bewilligen, in

der richtigen Erkenntnis, dass die finanzielle Seite der Frage nur durch die Krankenkassen zu lösen sei. Dagegen erhob das Versicherungsamt Einspruch, und es steht heute bei den Kassenmitgliedern, diesen notwendigen Fortschritt durch rege Beteiligung an den Vorstandswahlen zu erkämpfen. Die Selbsthilfe der zahlreichen Laienbünde ist deshalb so gefährlich, weil sie bei der Auswahl der von ihnen propagierten Verhütungsmittel keinen ärztlichen Beistand haben, der das besondere, für den einzelnen Fall geeignete und erfolgverheissende Mittel bestimmt.

Die öffentliche Generalversammlung war den "Forderungen zum Sexualstrafrecht" gewidmet und von der Hoffnung getragen, vielleicht noch in allerletzter Stunde durch tatkräftige Propaganda die Position der Linksparteien im Reichstage zu stärken und die Annahme der schlimmsten Paragraphen des neuen Strafgesetzentwurfs zu verhindern. Da sind die bereits erwähnten Strafbestimmungen für die Ausstellung und Anpreisung empfängnisverhütender Mittel, ferner die Gefahr für den Arzt, der eine Abtreibung vornimmt, dass sein "Verbrechen" erst nach zehn Jahren verjährt, sodann scharfe Sondergesetze für die homosexuelle Prostitution, die als besondere Härte gegen irregeleitete verzweifelte proletarische Existenzen empfunden wird, schwere Zuchthausstrafe für Blutschande, die in dem meisten Fällen als traurige Folge grauenhafter Wohn- und Arbeitsverhältnisse auftritt, und endlich das Lieblingskind der katholischen Kirche: die Strafbarkeit des Ehebruchs, die eine Handhabe bietet für expresserische und rachsüchtige Naturen, ohne der Allgemeinheit zunützen. Gewisse Milderungen an einigen Stellen des Strafgesetzentwurfs, die der Strafrechtsausschuss des Reichstages in erster Lesung angenommen hatte, sind Anfang März bei der Tagung des interparlamentarischen Ausschusses in Wien verworfen worden. Im Anschluss an Referate von Dr. Kurt Hiller und Professor Felix Halle und nach eingehender Diskussion einigte sich die Jubiläumsversammlung auf eine Resolution, mit der die gesetzgebenden Körperschaften der deutschen Republik aufgefordert werden, das Verfügungsrecht des Menschen über den eignen Körper anzuerkennen und gegen Eingriffe zu schützen. Das Strafrecht sei keine Predigt einer veralteten, von grossen und entscheidenden Teilen der Nation längst nicht mehr anerkannten Moral, sondern Interessenschutz.

Wie zu erwarten war, gab es bei der Diskussion der einzelnen Punkte auch lebhaftige Gegensätze, da der Bund für Mutterschaft und Sexualreform seinen Kampf gegen eine falsche Sexualmoral, gegen Geschlechtsverfolgung, gegen Krieg und jede Anwendung von Gewalt, für Menschenschutz und für eine wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft nach den klassischen sozialistischen Idealen am besten ohne parteipolitische Bindung durchzuführen glaubt. Es ist das grosse und einzigartige Verdienst einer so glühenden Idealistin wie Helene Stöcker, dass es ihr gelungen ist, die Mutigen und Reformwilligen aus vielen Lagern zu sammeln. Damit erreichte sie was Reichspräsident Löbe als besondere Leistung hervorhob: den Boden aufzulockern, aufmerksam zu machen, die Gesinnungsfreunde, die auf andern Gebieten arbeiten mussten, wach zu erhalten und in diesen Fragen, die alle angehen, zu leiten.

Neben diesen theoretischen und politischen Forderungen geht die praktische Arbeit des Bundes, die Einrichtung von Ehe- und Sexualberatungsstellen, lange bevor Krankenkassen und Gemeinden dieses Arbeitsgebiet übernehmen, und von Mütterheimen. Eine Tätigkeit, die in vielen Teilen des Reiches mit überwiegend reaktionärer Bevölkerung bzw. Stadt- und Landesverwaltung immer noch auf ungeheure Schwierigkeiten stösst.

Hilde Walter.

## Missbrauch von Fürsorgezöglingen.<sup>x</sup>

SPD. Im vergangenen Jahre hat der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt ein Reformprogramm veröffentlicht. Es sah zwei Hauptpunkte vor: einmal die Abschaffung der Fürsorgeerziehung als Sondermassnahme und zum anderen die Reform der Anstalterziehung. Für die Abschaffung der Fürsorgeerziehung als jugendwohlfahrtspflegerische Sondermassnahme bedarf es der Abänderung der im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen Bestimmungen über das Sonderverfahren gegen Kinder und Jugendliche, die besonders schwer erziehbar sind, und der Sonderbestimmung des gleichen Gesetzes über die konfessionelle Unterbringung bei Fürsorgeerziehung. Die Fürsorgeerziehung soll stattdessen eingereiht werden in eine in Verfahren und Organisation einheitliche öffentliche Ersatzerziehung, die nur orientiert ist an den pädagogischen Erfordernissen. Bis zur Aenderung des Reichsgesetzes soll, um eine einheitliche Ersatzerziehung zu ermöglichen, in den Ländern, in denen, wie in Preussen, Württemberg, Thüringen, Anhalt, die Fürsorgeerziehungsbehörde von anderen Verwaltungen, als die übrige Jugendwohlfahrtspflege getragen ist, die Fürsorgeerziehung durch Gesetzgebung dem Jugendamt als Träger der Jugendwohlfahrtspflege übertragen werden. Die Jugendämter der Stadt- und Landkreise können viel engere Verbindung mit den Jugendlichen halten als z.B. Provinzialausschüsse, die in Preussen, oder Ministerien, die in den anderen angeführten Ländern Fürsorgeerziehungsbehörden sind. Die Fürsorgezöglinge könnten dann durch das Jugendamt die allgemeinen jugendpflegerischen Einrichtungen mit geniessen. Sie würden nicht von den gesunden Jugendlichen abgetrennt werden, sondern mit Ausnahme der schweren Psychopathen unter sie verteilt werden. Vielleicht würde auch die Diffamierung des Zöglings durch diese Massnahme abgeschwächt werden. Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat diesen Vorschlag aufgenommen; ich habe ihn, leider ohne Erfolg bei den bürgerlichen Parteien, vertreten.

Alle Vorschläge, die wir für die pädagogische Reform gemacht haben, kann ich leider hier nicht anführen. Ich will mich auf die für diese hier zu erörternde Frage wichtigsten beschränken. Wir haben für die Anstaltserziehung eine Auflockerung der Anstalten vorgeschlagen, halboffene Heime mit Besuch der regulären Volksschule, bei Begabten auch der höheren Schule, Fabrik-, nicht Anstaltslehre. Damit wollen wir die Anstaltsausbildung, die nur zu oft wegen der Kosten der industriellen Lehre unzulänglich ist oder sich auf Landwirtschaft und für Mädchen auf häuslichen Dienst beschränkt, und deren Absperrung von der Umwelt für die Lebenskraft der Zöglinge eine Gefahr ist und häufig zu sexueller Perversität auch für die Erzieher führt, beseitigen. Wir haben zu diesem Zweck auch verlangt, dass die Anstaltsfürsorgezöglinge ihre Freizeit so weit wie möglich mit gesunden Jugendlichen, etwas der Arbeiterjugend, verbringen. Wir haben diese Forderung im Preussischen Landtag vertreten, und die Fürsorgeerziehungsanstalten, die Sozialdemokraten als Leiter haben, erproben seit langer Zeit unsere Vorschläge. Bei dem nach dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz konfessionellen Charakter der Anstalten ist ohne weiteres klar, dass die anderen Erzieher uns gar nicht oder nur zögernd folgen. Trotzdem unsere Vorschläge ernste Beachtung gefunden, in diesem Jahre auch zum ersten Male durch den Wohlfahrtsminister. Es kommt nun darauf an, zu beweisen, dass sie durchführbar sind.

In diesem Augenblick erhält die Reaktion eine Hilfe. Revolten brechen aus nicht nur in altmodischen Anstalten, wo die Zöglinge wie Rekruten behandelt werden, sondern auch in besseren. Gerade in diesen werden die männlichen Jugendlichen immer ungebändiger. Namentlich die Anstalten, die frei genug sind, ihre Zöglinge in freie Lehrstellen zu geben, freie Nachmittage und Sonntage, auch Urlaub zu gewähren, haben unter Erregtheit dieser Zöglinge zu leiden. Woher kommt das? Die Zöglinge werden politisch von den Kommunisten in unverantwortlicher Weise verhetzt. Die KPD gibt eine Zeitschrift "Der Anstaltszögling" heraus, die



kommunistische Zellen zu bilden strebt. Die Zelle muss Material sammeln und der KPD abliefern. Daneben bringen die Kommunisten noch einiges Zutreffende aus unserer "Arbeiterwohlfahrt". Die Zelle hat weiter die Revolten zu inszenieren. Die letzten haben alle mit dem Rufe "Heil Moskau" oder einem "dreifachen Rotfront" begonnen. Ich habe gewiss nichts gegen politische Literatur oder Gesinnung oder Organisation auch der Fürsorgezöglinge. Die Arbeiterwohlfahrt hat sie immer propagiert. Die Voraussetzung ist aber, dass die Parteien nicht die Jugendlichen missbrauchen. Das aber tut die KPD. Der hetzerische Ton ihrer in einigen Anstalten gefundenen Flugblätter, von denen eins auch in der Berliner Anstalt Lindenhof verbreitet wurde, die der Sozialdemokrat Krebs, ein Mann von hohem pädagogischem Können, leitet, ist nicht mehr zu überbieten.

Verantwortlich zeichnet das in Lindenhof verbreitete Flugblatt - wie könnte es anders sein - ein immuner Abgeordneter. Mit dem Material, das mir vorliegt, könnte ich noch Seiten füllen. Es wird darin selbstverständlich auch von der sozialistischen Arbeiterjugend als Kriegstreiberin gegen Sowjetrußland gesprochen. Die Solidarität, die die Kommunisten ihren armen Opfern bringen, besteht lediglich in Anträgen an die gesetzgebenden Körperschaften, die mit unglaublicher Oberflächlichkeit zusammengeschustert sind. Da heisst es, die Fürsorgeerziehung müsse revolutionären Arbeiterorganisationen übertragen werden; kein entwichener Zögling dürfe in die Anstalt zurückgebracht werden; wer eine Arbeitsstelle habe, müsse entlassen werden. Oder es wird ein Antrag gestellt, der dem preussischen Wohlfahrtsminister die Schuld an allen Vorgängen, auch an den Toten gibt und bei der Begründung die Sozialdemokraten, auch z.B. Krebs, widerwärtig beschimpft. Das hat mich veranlasst, den Kommunisten am 15. März im Preussischen Landtage den Spiegel vorzuhalten. Einige sozialdemokratische Blätter nehmen Anstoss daran, dass ich nicht stattdessen die preussische Fürsorgeerziehungspolitik angegriffen habe. Das war während des ganzen letzten Jahres geschehen. Unsere Angriffe haben bewirkt, dass das Beschwerderecht der Zöglinge geregelt, die körperliche Züchtigung in den Fürsorgeerziehungsanstalten stark eingeschränkt wurde. Wir haben die Zusage vom Wohlfahrtsminister erhalten, dass die Mitarbeit des Jugendamtes geregelt, das Problem der Erzieher aufgeworfen und Preussen beim Reich auf eine Neuregelung des Verfahrens bei der Fürsorgeerziehung drängen werde. Dazu müssen wir jetzt dem Wohlfahrtsminister Zeit lassen. Wir werden ihn zu mahnen wissen, wenn er die Zusage nicht hält.

Ausgesprochen aber musste einmal werden, dass das, was die Kommunisten treiben, ein Frevel an jedem Fortschritt der Fürsorgeerziehung ist. Wir kennen die Taktik. Erst werden junge Arbeiter vor die Polizei gehetzt, und dann wird gejammert über das Demonstrationsverbot. So auch hier. Eine Reform der Fürsorgeerziehung kann nur in ihrer Eingliederung in die gesamte Jugendwohlfahrtspflege erfolgen. Macht die planmässige Verrohung, wie in Berlin, das von ganz Deutschland beobachtet wird, Fortschritte, so ist der Reaktion billiges Material geliefert für die Erhaltung der Fürsorgeerziehung in ihrer heutigen Form. Wir haben den Kampf gegen Erziehung in privaten konfessionellen Heimen geführt. Mit Stolz hat uns das Zentrum jetzt im Landtage gesagt, dass die Zöglinge auch in städtischen Anstalten ohne konfessionellen Zwang revoltieren. Wie können wir weiter für freie Lehre, Freizeit ausserhalb der Anstalt, Urlaub eintreten, wenn wir es nicht energisch bekämpfen, dass ausserhalb der Anstalt die sozialen Instinkte der gefährdeten Jugendlichen aufgerührt und von draussen das dazu gehörige Material in die Anstalt gebracht wird! Der Kampf um eine Reform der Fürsorgeerziehung muss darum gleichzeitig ein Kampf gegen die Gewissenlosigkeit der KPD sein.

Hedwig Wachenheim.

## Kindertränen auf der Strasse.<sup>x</sup>

SPD. Regen macht die Menschen nervös. Bestimmt die grossen, sogenannten erwachsenen Menschen. Für die kleinen wäre es etwas Wunderschönes, wenn sie ihn erleben und sich dabei auch einmal nass und schmutzig machen dürften.

Regen und  $\frac{1}{2}$  7 Uhr Abends und die Hauptgeschäftsstrasse und an jeder Hand ein Kind und die vielen Autos und Menschen und die Hast, nach Hause zu kommen: da sind Katastrophen unvermeidlich.

An der einen Hand der Mutter trippelt ein kleines blondes Fräulein. Im grauen Mäntelchen, unter dem das wollene Höschen herauschaut, die Beine warm in helle Gamaschen eingepackt. Sonntagsgamaschen und Sonntagsmantel. Die etwas beleibte Mutter drängt. Das Trottoir ist eng. Das Töchterchen läuft stillvergnügt mit. Es setzt ganz sorgsam die dickbestrumpften Beine, hat ein vernünftiges, liebes Gesicht und hört freundlich Mutters Ermahnungen und Sorgen an.

Jetzt drängt sich eine neue Welle eiliger Menschen vorbei, und die drei Passanten werden näher an den Bordstein gedrückt. Mein kleines, liebes Fräulein mit den vernünftigen Augen, ein bisschen gezogen, ein bisschen gedrängt, verliert sein kleines Gleichgewicht und muss vom Trottoir herunter. Will schnell wieder herauf, tritt daneben und liegt mit dem grauen Mäntelchen und den hellen Gamaschen auf dem nassen, schmutzigen Bordstein. Das Schienbein gerade auf der Kante Mutter zieht in die Höhe, Mutter wird böse, sehr böse, Mutter schimpft, Mutter zerrt wütend den Kinderarm, und aus den zwei guten, vernünftigen Kinderaugen fliessen still ein paar Tränchen das Gesichtchen herunter. Sie schreit nicht; sie ist ganz ruhig und schämt sich, dass Handschuh, Mantel und Knie so schmutzig sind, Mutter so laut spricht und die Leute alle her sehen.

Ach, es war so schön am Mittag, als man von Hause weg ging... Und nun ist man schmutzig, und Mutter ist böse, und das Bein tut weh, und man muss weinen, und zu Hause wird Mutter noch einmal schimpfen und vielleicht schlagen.... Und kein Mensch, der das kleine Herz tröstet, keine Hand, die gütig dem armen Menschlein hilft und die Tränen trocknet. Die Kindertränen um einen falschen Schritt, um ein schmutziges Jäckchen und einen blauen Fleck am Bein.....

A.Br.=Str.

---

## Klatsch.

SPD. Frau Ilse steht in ihrer Küche und weint beinahe vor Wut. Ihr Mann hat für heute Abend ein paar Bekannte mitgebracht, seinen Kollegen Huber mit seiner jungen Frau und den jungen Heini Zimmermann. Alles war nett,.... bis Huber, der es niemals lassen kann, wieder zu klatschen anfing. Herrgott, was haben diese beiden, Huber und seine Hedwig, schon alles damit angerichtet, dass sie sich nicht in Acht nehmen können, wenn es sich um andere Leute handelt. Man sollte ihnen einmal auf der Stelle eine Lehre geben. Frau Ilse nimmt den Wasserpott vom Herd, giesst den Tee auf und geht ins Zimmer.

Huber ist gerade mitten im Thema. "Also da komme ich kürzlich am Samstagnachmittag zu Meier, wollte ihn zum Radeln abholen. Die junge Frau, die Hilde, macht mir die Türe auf. Und denkt Euch, im Bademantel und in Pantöffelchen steht sie da, führt mich durch den Gang ins Wohnzimmer und sagt: "Warten Sie einen Augenblick; mein Mann ist noch nicht da." Dann geht sie ins Schlafzimmer, ohne die Türe hinter sich zuzuschliessen. Ich bin fest überzeugt, dass sie nichts dagegen gehabt hätte, wenn....."

Nun sind Sie aber ruhig!!" Ilse sagt das lächelnd, aber ihr Mann und Heini merken ihr an, dass sie wütend ist. Frau Ilse denkt daran, was Huber vielleicht erzählen wird, wenn er sie mal allein zu Hause angetroffen hat.... "Denken Sie",

wendet sie sich an Huber, "Meier hat mir erzählt, er sei letzten Sonntag mit Ihrer Frau im Kino gewesen. Was sagen Sie dazu?" Frau Hedwig entrüstet sich; Huber fährt auf: "Das soll mir der Mensch mal ins Gesicht hinein behaupten! Was der sich da erlaubt, meine Frau zu verklatschen....gut, dass ich selbst am Sonnta mit Hedwig aus war, sonst gäb's etwas....Der soll noch mal zu uns kommen, der... Frau Ilse hat spöttische Augen und sagt: "Aber was denken Sie denn! Selbst verständlich hat Meier das niemals gesagt. Ich wollte bloss Ihr Gesicht sehen, wenn Sie mal selbst durch den Dreck gezogen werden. Möchten Sie die Bademantelgeschichte etwa Meiern "ins Gesicht hinein" erzählen?"

Luise Baumann.

---

### Kleines Kind.<sup>x</sup>

---

Liegst wie in einer Hürde in der Wiegen.  
Du kämpfst um Freiheit. Kennst die Furcht du? Nein!  
Ründest die Hände, wie sich Bogen schmiegen:  
Du tatest vieles, aber du bist klein!

Du kannst dich lange Stunden schmerzlich mühen,  
zu sprechen, doch - die Zunge ist zu fein.  
Du gurrst, du jubelst, kleine Laute blühen:  
du möchtest vieles, wärst du nicht so klein!

Und in das Leben deine Augen dringen,  
bald lieb, bald zornig und erfüllt von Pein;  
jetzt möchtest just du sprechen, singen springen:  
aber du bist so klein, so klein, so klein!

Jo Pieper.

---

SPD. Ein Kindermuseum.<sup>x</sup> Die englische Schriftstellerin Mrs. Haden Guest hat ein Unternehmen vorbereitet, das wohl für Europa als "Neuheit angesprochen werden darf. Es handelt sich um ein Museum, das besonders zur Benutzung durch Kinder gedacht ist. Dort sollen alle möglichen Dinge zur Aufstellung gelangen, die Kinder interessieren können, von den einfachsten Spielsachen angefangen bis zu künstlerischen Werken in Malerei und Plastik, die dem Kinde nahe kommen. Mit dem Museum sollen dann zugleich andere Einrichtungen für Kinder verbunden werden, ein Kinder-Theater, ein Kino, das nur Kindervorstellungen bringt, ein Erfrischungsraum für Kinder und ein Tanzsaal. Auch Kindererziehungen sollen in einem besonderen Raume gezeigt werden. Dem Komité, das sich mit der Vorbereitung der Errichtung des Museums beschäftigt, sind schon aus der ganzen Welt Ausstellungsgegenstände zugesagt worden. In Amerika bestehen bereits mehrere derartige Kindermuseen.

---

SPD. Schnell verdient.<sup>x</sup> Die Bäuerin stand schwatzend im Hofe. Plötzlich entglitt ihr das Brot, das sie unter dem Arme trug, und fiel in die Jauchengrube. Sie fischte es wieder heraus und wollte es eben abermals hineinwerfen, da sagte der Nachbar: "Wenn Sie mir ein Zehnpfennigstück geben, leckte ich es ab!" Die Bäuerin lachte, gab ihm ein Zehnpfennigstück und hielt ihm das duftende Brot hin. "Nein, was soll ich damit", sagte der Bauer, nahm das Zehnpfennigstück in Empfang, leckte daran und steckte es in die Hosentasche.

---

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 24. März 1930.

## Jagd auf Bootlegger.<sup>x</sup>

SPD. Jim Crawler, Patrick O'Neill und Billy Poggins sassen rings um den Tisch. Sie gehörten sämtlich der zwar nicht sehr achtbaren, aber desto grösseren Gilde der Bootlegger an, die ihre einträgliche Lebensaufgabe darin sehen, den streng verbotenen Alkohol an Land zu schmuggeln. Der Wind fegte in kurzen Stößen um das ein wenig abseits des Küstendorfes gelegene Wirtshaus. Draussen war es so dunkel, dass man keine Hand vor Augen sehen konnte.

"Verdamm meine Seele!" fluchte der rothaarige Ire Patrick vor sich hin und goss ein halbvolles Glas Grog mit einem Zuge in seine immer durstige Kehle. "Beim heiligen Patrick, ist das ein Wetter in dieser Nacht!"

Die beiden Anderen nickten bestätigend. "Wird ein schönes Stück Arbeit werden, die Kiste heil an Bord zu kriegen," brummte Billy Poggins in seinen Bart. Jim Crawler, der seit dem ersten Tage der Prohibition dies ehrenwerte Gewerbe betrieb, sah seine Kumpane geringschätzig an. "Greenhorns!" warf er dann mitleidig ein, "wir sind schon bei ganz anderem Wetter draussen gewesen, und es ist alles glatt gegangen. Heute sind wir wenigstens einigermaßen sicher; da sitzen die "Grauen" auch lieber in der warmen Stube, als draussen umherzuschnüffeln."

"Und ehrliche Menschen um die Früchte ihrer schweren Arbeit zu bringen," ergänzte O'Neill. - Mit den "Grauen" waren die Polizisten gemeint, die mit ihren grau angestrichenen, schnell laufenden Motorbooten den Küstenschutz versähen und dabei einer eifrigen und oft erfolgreichen Jagd auf Alkoholschmuggler oblagen. Vor diesen kleinen, flinken Motorschiffen hatten die Schmuggler ungeheuren Respekt. Obwohl sie selbst zumeist ebenfalls über schnell laufende Boote verfügten, gingen sie doch gern jeder Begegnung in weitem Bogen aus dem Wege. Die Polizei forderte nur einmal zum Halten auf. Wurde daraufhin nicht gleich beigestrichelt, dann krachte gleich die auf dem Vorschiff stehende Revolverkanone los - und die Burschen schossen verdammt gut! - - -

Das waren so Patrick O'Neills Gedanken, denn er sagte plötzlich laut vor sich hin: "Vor acht Tagen haben sie Wilkens' Boot zusammengeschossen wie eine Eierschale." Jim Crawler lachte. "Wenn die Narren auch bei Vollmond als Zielscheibe auf dem Wasser spazieren fahren!" - Dann, nach einem Blick auf die Uhr, sprang er auf: "Vorwärts, es wird Zeit."

Die drei Männer zogen die Ölmäntel über, stülpten die Südwester auf den Kopf und stampften aus dem Hause, dem Strande zu. Sie kletterten in ein grosses, fast neues Motorboot, das an einem Landungsstege schaukelte. Patrick, der als letzter folgte, stolperte beim Einsteigen und fiel der Länge nach ins Boot. Er fluchte wie ein Besessener vor sich hin und bedachte den Himmel, die Finsternis und sich selbst mit Wünschen, die, würden sie sich jemals erfüllen, eine völlige Auflösung alles Bestehenden zur Folge haben würden. "Das geht bestimmt schief," knurrte er vor sich hin. - "Halt's Maul, alter Narr!" war Jim Crawlers Antwort. Der Motor sprang an. Sein Rattern drang, durch den Schalldämpfer gemildert, als langgezogenes, weiches Brummen in die Nacht. Das Boot glitt schnittig und schnell durch das Wasser.

Eine ganze Weile fuhren sie nun schon. Jim stand am Steuerrade, die beiden Anderen sassen im Bug und starrten angestrengt in die Finsternis hinaus. -